

Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Druck und Verlag von B. Wanzsch u. Co., Magdeburg; Geschäftsstelle: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlgr. 3, Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 981.

Bräunmerks zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. Beleggeld. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechspaltige Zeile 15 Pf., auswärts 25 Pf., im Klammereit Zeile 50 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 42

Nr. 154.

Magdeburg, Dienstag den 6. Juli 1909.

20. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten

Die Liebesgabe.

Wann immer in den letzten Jahrzehnten im Reichstag die Rede auf eine Herabsetzung des Branntweinsteuergesetzes kam — und die Gelegenheit bot sich oft —, dann pflanzten die Geister wegen der „Liebesgabe“ aufeinander. Von der einen Seite scharf bekämpft, von der andern leidenschaftlich befürwortet, bildete sie den Gegenstand des Streites in manden Wahlkämpfen, wurde in zahllosen Flugblättern erörtert und in noch mehr Zeitungsaufstellungen diskutiert. Dennoch, oder gerade deshalb lohnt es sich heute noch und wieder, die Aufmerksamkeit des Volkes auf diesen Punkt der Gesetzgebung zu lenken.

Was es mit der Liebesgabe auf sich hat, ist bald geschildert: Die Verbrauchsabgabe auf Trinkbranntwein wird unter dem bestehenden Gesetz seit 1887 nach zwei verschiedenen Sätzen erhoben, so zwar, daß ein auf die Brennereien verlegter Teil, das sogenannte Kontingent, nur mit 50 Mark auf den Hektoliter, der Rest aber mit 70 Mark belastet wird; da man das Kontingent kleiner bemessen hat, als der Verbrauch ist, so richtet sich der Preis des Trinkbranntweins im ganzen nach dem des sogenannten 70er Sprits, das heißt: diejenigen Brenner, die ein Kontingent zugeteilt erhalten haben, verdienen an jedem Hektoliter Trinkbranntwein ihrer Kontingentsmenge außer dem landesüblichen Unternehmergewinn noch extra 20 Mark, die ihnen das Reich garantiert oder vielmehr bar bezahlt.

Wenn nun der Besitzer eines großen Gutes ein Kontingent, sagen wir von 2500 Hektolitern hat, wie es beispielsweise in Pommern mehrfach der Fall ist, so bezieht er aus dieser Quelle allein eine sichere Einnahme von 50 000 Mark pro Jahr. Ob sie freilich auch in den Listen der Einkommensteuer auftaucht, das bleibt dahingestellt. Schon ein Kontingent von 500 Hektolitern gewährleistet eine unverdiente Vereinnahmung von 10 000 Mark pro Jahr. Nun haben wir in Deutschland 573 landwirtschaftliche Brennereien mit einem Kontingent von 400 bis 500 Hektolitern, 524 mit 500 bis 600 Hektolitern, 553 mit 600 bis 700 Hektolitern, 325 mit 700 bis 800 Hektolitern, 175 mit 800 bis 900 Hektolitern, 70 mit 900 bis 1000 Hektolitern, 59 mit 1000 bis 1100 Hektolitern, 40 mit 1100 bis 1200 Hektolitern, 23 mit 1200 bis 1300 Hektolitern, 27 mit 1300 bis 1400 Hektolitern, 14 mit 1400 bis 1500 Hektolitern, 10 mit 1500 bis 1600 Hektolitern, 3 mit 1600 bis 1700 Hektolitern, 2 mit 1700 bis 1800 Hektolitern, 3 mit 1800 bis 1900 Hektolitern, 2 mit 1900 bis 2000 Hektolitern, 7 mit 2000 bis 2500 Hektolitern, 3 mit 2500 bis 3000 Hektolitern, 2 mit 3000 bis 4000 Hektolitern und 2 mit mehr als 4000 Hektolitern.

Die Namen der mit der Liebesgabe beglückten Landwirte zu erfahren, ist niemals möglich gewesen. Die Regierung hat sich immer hartnäckig geweigert, darüber irgendeine Auskunft zu erteilen. Auch ein neuer Versuch, den die sozialdemokratischen Mitglieder der Branntweinsteuerkommission in diesem Jahre gemacht haben, ist als gescheitert zu betrachten. Die Mehrheit des Reichstags deckt die Regierung, die sich mit der faulen Ausrede aus der Affäre zu ziehen sucht, es handle sich um persönliche Angelegenheiten, die einen Anspruch auf Diskretion hätten. Also die Aufwendung von 46 Millionen Mark Staatsgeldern im Interesse einer verschwindenden Minderheit nicht nur der Staatsbürger im allgemeinen, sondern auch der Landwirte im besondern, ist eine „Privatsache“, über die der wohlthätige Schleier der Verschwiegenheit gebreitet werden muß!

Wir glauben nun freilich, daß dieser Diskretion der Regierungsmänner eine für sie sehr wichtige Erwägung zugrunde liegt; es sind nämlich „Spitzen der Gesellschaft“ am Genuß der Liebesgabe beteiligt, und mancher Kämpfer für Thron und Altar mag nicht öffentlich daran erinnert werden, daß er einen bedeutenden Teil seines Einkommens aus den Taschen zerklümpelter Schnapsbrüder bezieht; mancher geleckte Graf und Prinz von Geblüt, der auf der Straße einen weiten Bogen macht, wenn er einem ehrlichen Mann im Arbeitsittel begegnet, entblödet sich eben nicht, als ein Ausgehaltener dem Volk auf der Tasche zu liegen. Die Veröffentlichung der Namen der Schnapsstipendiaten würde der Autorität der Herrschenden einen schweren Schlag versetzen, deshalb hat die Regierung sie immer verweigert und wird sie weiter verweigern. Es ist etwa so wie mit den Geheimbüchern, die Ludwig 16. und der dritte Napoleon geführt haben, in denen auch die Namen derjenigen verzeichnet standen, die an der Staatskasse schmarröhl hatten,

während sie sich als uneigennütige Führer des Volkes aufspielten.

Seit Jahr und Tag galt es für eine ausgemachte Sache, daß kein neues Branntweinsteuergesetz eingeführt werden könne, ohne daß die Liebesgabe abgeschafft würde. Die öffentliche Meinung hatte sich mit einer bei uns in Deutschland seltenen Einmütigkeit dahin ausgesprochen, und der Widerstand der Schnapsbrenner fand kaum noch in den agrarischen Zeitungen einen mehr pflichtmäßigen als energischen Ausdruck. Die Regierung, die doch gewiß den hochgeborenen Mittern von Destillierkolben nicht wehe tun will, hatte an der Möglichkeit gezweifelt, auf der bisherigen Grundlage der Branntweinbesteuerung die Liebesgabe weiter bestehen zu lassen und deshalb das Zwischenhandelsmonopol vorge schlagen. Bei ihm hatte sie es in der Hand, die bestehenden Brennereien gegen etwa aufkommende Konkurrenz zu begünstigen und ihnen so einen Ersatz für die fallende Liebesgabe zu gewähren. Aber der Reichstag lehnte das Monopol ab. Auch die Sozialdemokratie stimmte dagegen, nicht weil sie im Prinzip den Staatsbetrieb vermisst, sondern weil ihr die Form gerade dieses Monopols ebensowenig wie seine Wirkungen annehmbar erschienen; war es doch darauf berechnet, ein altes Unrecht in neuer Form weiterbestehen zu lassen.

Kaum war indessen der Monopolentwurf gefallen, als der Kampf um die Liebesgabe mit voller Heftigkeit einsetzte. Zuerst nur schüchtern, dann immer dreister und dreister begannen die Konservativen darauf hinzuwirken, sie in dem neuen Gesetze zu verewigen. Man weiß, daß hierbei der Bülowische Block in Trimmer ging. Als die Freisinnigen, die der alten Tradition ihrer Partei in dieser Frage nicht ungestraft glaubten urtreu werden zu dürfen, auf der Abschaffung der Liebesgabe bestanden, als gar die Nationalliberalen ihnen dabei Beistand liehen, machte sich Herr von Normann auf, um die Kündigung des Blockes an Bassermann zu überbringen.

Lange schon hatte das Zentrum lauernd im Hintergrund gelegen, jetzt schien ihm die Gelegenheit zum Eingreifen günstig. Im Namen der zahlreichen süddeutschen Brennereien, die in der Tat unter der Konkurrenz der ostelbischen Juelbarone schwer zu leiden haben würden, wenn ihnen nicht besondere Vergünstigungen zugesprochen werden, traten die Speck und Zehnter für die Aufrechterhaltung der Liebesgabe ein. Damit war der Grund zum neuen Blocke gelegt. Was nun folgte, war alles nur die Konsequenz des ersten Schrittes.

Der Appetit kommt beim Essen. Was sonst nur schamhaft und widerwillig den Liebesgabenempfängern über die Rippen gemolkt hatte, wurde jetzt frech in den Mittelpunkt der Erörterungen gerückt: das Branntweinsteuergesetz war, ist und soll bleiben ein „Fürsorgegesetz für die notleidenden Landwirtschaftler“. Das wurde das Leitmotiv der Verhandlungen. Nicht nur die Liebesgabe von 20 Mark für das Hektoliter kontingentierten Alkohols ließ man bestehen, sondern darüber hinaus sollten, das wurde vorgeschlagen, noch 10 Millionen Mark bar in den nächsten Jahren regelmäßig an die landwirtschaftlichen Brenner verteilt werden. Dieser Beschluß wurde später wieder aufgehoben, aber nur, um andern noch wirksameren Maßnahmen Platz zu machen. Neben die eine Liebesgabe suchte man noch eine zweite zu setzen, indem man außer dem Kontingent noch eine Einrichtung des sogenannten Brennrechts oder des Durchschnittsbrandes schuf. Damit hat es folgende Bewandnis: Von der Steuerbehörde soll festgesetzt werden, wieviel Branntwein die einzelnen Brennereien in den letzten Jahren durchschnittlich erzeugt haben. Diese Menge wird im Satz einem bestimmten Berechnungsmodus als Durchschnittsbrand gewährt; Branntwein innerhalb des Kontingents wird mit 20 Mark auch weiterhin bevorzugt, der Durchschnittsbrand wird mit dem normalen Satze von 135 Mark Verbrauchsabgabe beaufschlagt, die darüber hinaus etwa erzeugte Menge hat eine progressive Strafsteuer zu tragen. Dadurch wird die Ueberproduktion verhindert, also der Preis des Alkohols auch bei zurückgehendem Konsum hochgehalten und der Wert der Kontingentierung noch über das frühere Maß hinaus gesteigert. Man hat ausgerechnet, daß die Liebesgabe in Zukunft nicht bloß 20, sondern vielleicht 40 bis 50 Mark pro Hektoliter betragen wird. Ueberflüssig zu sagen ist, daß bei dieser außerordentlich großen Bevorzugung nur die landwirtschaftlichen Brenner berücksichtigt werden, nicht etwa auch die gewerblichen. Besonders schwer sind die Gesehbrennereien benachteiligt, denen man die Herstellung von Trinkbranntwein ganz unmöglich machen will. Es liegt auf der Hand, daß dadurch der Preis der Gese in die Höhe getrieben wird. Dieses ist die Krönung des agrarischen Werkes: Erhöhung der Liebesgabe, Verteuerung nicht

nur des Trinkbranntweins, sondern auch noch Verteuerung eines wichtigen und unentbehrlichen Volksnahrungsmittels, wie es die Gese ist. Man sieht, daß der „neue Block“ ganze Arbeit macht. Es wird schwer sein, in den Plenarverhandlungen des Reichstags gegen seinen Willen Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen. —sm—

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 5. Juli 1909.

Die Glocke sprang entzwei . . .

Unter Tumult, Gelächter und Entrüstungskrufen marschiert der schwarze Schnapsblock vorwärts. Er hat am Sonnabend einen neuen Sieg errungen, und das Branntweinsteuergesetz mit seinen enormen Liebesgaben in zweiter Lesung durchgebracht. Die Vertreter der Regierung freilich können nicht mehr von ihrem „Standpunkt“ reden, ohne daß ihre Stimme im Sturm der Heiterkeit ertrinkt: man läßt sie nicht mehr ausreden, wenn sie sagen, daß sie auf irgend etwas „stehen“. „Die stehen ja gar nicht, die fallen doch immer um!“ Wieder hat der Präsident Graf Stolberg wie einst Graf Ballestrem in den Tagen der Zollkämpfe eine Glocke zu juchanden geläutet, und diese Glocke wird nicht das einzige sein, was in diesen kampfesheißen Sommertagen zerschanden werden wird.

Die Klassenparteien des Großgrundbesitzes haben im Namen des notleidenden Reiches sich selber Millionen und aber Millionen in die Tasche bewilligt, gleichzeitig aber die Entschädigung von Arbeitern, die durch das neue Branntweinsteuergesetz ihre Existenz verlieren, abgelehnt. Ihre Presse aber verkündet triumphierend, daß das „nationale Werk“ dieser Finanzreform rüstig fortschreite, und daß es nun an den verbündeten Regierungen liege, nicht durch Unnützigkeit in der Frage der Besitzsteuern den Erfolg des Gesetzes zu gefährden. Das Besitzsteuerkompromiß ist nämlich noch nicht fertig, die Entwürfe sind noch nicht bekannt, von heute in acht Tagen aber sollen sie schon Gesetz sein! Ohne daß die Öffentlichkeit und die Opposition Zeit und Gelegenheit findet die Kompromißvor schläge zu überprüfen, sollen sie dem deutschen Volke gleichsam wie ein Sack von hinten über den Kopf geworfen werden; ehe man mit den Wimpern zuckt, ist alles fertig und vorbet.

War es am Sonnabend etwa anders? Mit Recht hat Singer in der Sturmflut vom 3. Juli die Art der Gesetzmacherei, wie sie dort betrieben wurde, einen Skandal genannt. Von einer wirklichen Beratungsarbeit kann gar nicht mehr die Rede sein. Ein Hagel von Änderungsanträgen prasselte auf das Haus nieder, und die Abstimmung erfolgte nicht nach sachlichen Gründen, sondern nach der äußeren Effektivität. Alle von der Rechten auf Grund vorheriger Verabredung gestellten Änderungsanträge werden im Flug angenommen, alle Anträge der Linken abgelehnt, ohne daß die Abgeordneten Zeit finden könnten, sich über die Tragweite der ihnen gemachten Vorschläge einigermassen klar zu werden.

Soll das so weitergehen?

Die Liberalen aller Schattierungen, Nationalliberale, Volkspartei und Vereinigung, haben am Sonntag in Berlin, jede Partei für sich, Kriegsrat gehalten, und das Resultat dieser Beratungen ist negativ. Alle schönen Redensarten wider die Reaktion, die den Herren so munter von den Lippen fließen, als hätte es nie einen Block gegeben, aller Entrüstungslärm über die „verderbliche, elende, jämmerliche Finanzreform“ (Bassermann), die sie kaum weniger verderblich, elend und jämmerlich — ach so gern! — gemacht hätten, wäre es ihnen nur erlaubt worden, alle Versicherungen, nimmeh den Kampf bis aufs Letzte führen zu wollen, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Liberalen das einzige wirklich wirksame Kampfmittel, das sich ihnen in der gegenwärtigen Situation von selbst darbietet, nicht zu gebrauchen entschlossen sind.

Es ist Zeit, über diese Dinge mit voller Deutlichkeit zu reden. Wäre die gesamte Linke entschlossen, diese verderbliche, elende, jämmerliche Finanzreform, die von den Vertretern einer Volksminderheit gemacht werden soll, zu verhindern, läge es in ihrer festen Absicht, diese Finanzreform, mit ihr diesen Reichstag aufzulösen zu lassen und Neuwahlen zu erzwingen, so würde ein Kampf von wenigen Tagen genügen, um den Regierung die Ueberzeugung beizubringen, daß die Wünsche der Linken nicht weniger respektiert zu werden verdienen als bisher. Befehle der Rechten respektiert wurden. Den Libera-

Lebius geht um.

Wie man in der Broschüre „Der gelbe Sumpf“ nachlesen kann, richtete Bürger Lebius seinerzeit an den bekannten Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, Rechtsanwalt König in Nürnberg, einen Brief folgenden Inhalts: Herr Syndikus Carl König Nürnberg.

Bezugnehmend auf Ihren Artikel in der letzten „Arbeitszeitung“ möchte ich ergebnis anregen, ob man vielleicht für die Techniker und Privatbeamten eine gelbe Arbeiterorganisation schaffen sollte. Ich würde meine Unterstützung gern dazu leihen. Hochachtungsvoll gez.: Rudolf Lebius.

Diese Anregung ist auf fruchtbaren Boden gefallen, denn jetzt ist in Augsburg (Maschinenfabrik Augsburg) ein gelber Beamtenverein gegründet worden. Um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß es sich um eine „gelbe“ Gründung handelt, geben wir die Ausstattung des Oberingenieurs Höchstätter in der konstituierenden Versammlung wieder. Der Herr sagte unter anderem: „... daß sich der Verein, da rein sachliche Angelegenheiten an Interesse verlieren, in der Hauptsache als Vergnügungsverein gestalten muß und daß man so eben eher sozialpolitische resp. andre Fragen erledigen kann.“

Vor nicht allzu langer Zeit konnte man in Augsburg Bürger Lebius in der Gesellschaft des Profuristen Pfeiffer, des Hauptes der dortigen gelben Bewegung, sehen. Wir geben also wohl nicht fehl, wenn wir auch bei dieser neuesten Gründung Herrn Lebius als Urheber ansehen. Die „Organisation der unorganisierten Arbeiter“ wird sich freuen über die „Organisation der unorganisierten Privatbeamten“. Auch die Beamten werden sich darüber freuen, daß die Unternehmer jetzt auch ihre Interessen „wahrnehmen“ wollen.

Zur Lohnbewegung der Holzarbeiter. Nach dem Beschluß der gestrigen Holzarbeiter-Versammlung ist der Streik in den Tischlerwerkstätten und Drechlereien, die bis gestern nicht bewilligt hatten, ein allgemeiner geworden.

Vorgenehmigungen sind von der städtischen Polizei-Vermahlung in der zweiten Hälfte des Monats Juni 66 erteilt worden. Darunter sind bemerkenswert: Ein Fabrikgebäude der Firma Burge-meister, Köthener Straße 6; ein Werkstattgebäude der Firma Rundlos u. Co., Lüderer Straße 8; ein Vorderwohnhaus an der Spielhagenstraße; ein Wohnhaus Fürst-Propold-Strasse 5; ein Vorder- und Hinterwohnhaus an der Harßdorfer Straße; ein Fabrikbau für die Firma Polte, Halberstädter Straße 35; ein Werkstattgebäude, Ritterstraße 3/4; ein Fabrikbau, Lemsdorfer Weg 15a; ein Vorderwohnhaus mit Seitenflügel, Am Behnhof 2/3; ein Umbau eines Fabrikgebüdes, Lüderer Straße 23. Außerdem eine große Anzahl von Lauben (über 100) und sonstige bauliche Veränderungen, Spalavantanlagen usw.

Das Räderbad in der Rötgerstraße bleibt wegen der Übernahme von Reparaturen noch für einige Tage geschlossen.

Kobelt's Phantasia. Die „Konfessionen genossenschaftliche Korrespondenz“ schreibt: Von zahlreichen mißglückten Versuchen mit Genossenschafts-Schlächtereien sprach am dem diesjährigen Vorstandsste des Fleischerverbandes der Obermeister der Magdeburger Fleischermittelung Herr Reichstagsabgeordneter v. v. Die „genossenschaftlichen Versuche“ scheinen indessen nur in der Phantasia des Herrn Kobelt zu bestehen, wenigstens sind aus solche nicht bekannt geworden. Wir kennen nur Genossenschafts-Schlächtereien, die sich günstig entwickeln, wozu nicht zuletzt die hohen Fleischpreise beitragen, an denen die Herren Fleischermittelung nicht ganz so unüchuldig sind, wie Herr Kobelt es darstellt. Wenn die Schlächtermittelung gegen den Vorwurf des „Fleischwuchers“ keine andern Gründe ins Feld führen können, als die angeblichen Mißerfolge der Genossenschafts-Schlächtereien, wird ihre Abwehr kaum überall als gelungen beurteilt werden.

Die Reise auf Kosten der Innung. Um zur Reichsfinanzreform Stellung zu nehmen, hatte die Mittelstandsvereinigung zum 13. April d. J. nach Berlin mehrere Versammlungen einberufen. Auch die hiesige Tapezierer- und Dekorateur-Zwangsinnung entsandte dazu vier Delegierte. Aber erst eine ganze Woche später, am 19. April, wurden von einer Generalversammlung der Innung auf Antrag des Vorstandes 50 Mark Diäten für die vier Delegierten bewilligt. Wegen dieses Beschlusses wendete sich das Innungsmitglied Walter Scheppe beschwerdeführend an den Regierungspräsidenten. Er beantragte, die Aufsichtsbehörde wolle verfügen, daß der Vorstand der Innung angehalten werde, die 50 Mark der Klasse wieder zurückzuführen. In der Begründung seines Antrags führte der Beschwerdeführer aus, daß die Veranstaltung in Berlin eine politische gewesen sei und daß für politische Zwecke Innungsgelder nicht aufgewendet werden dürften. Der Beschluß der Innung verstoße aber auch gegen den Paragraphen 100 o. G. D., nach welchem Beschlüsse über Aufwendungen der Innung für Zwecke, die im Haushaltplan nicht vorgesehen seien, der Aufsichtsbehörde eingereicht werden müßten und weiter die Entscheidung der Aufsichtsbehörde einzuholen sei, wenn solchen Beschlüssen von einem Viertel der Innungsmitglieder widersprochen werde. Diese Bestimmungen würden vollständig ignoriert, wenn erst am 19. April Beschluß über schon am 13. April verausgabte Gelder gefaßt werde. Der Regierungspräsident überwies die Beschwerde zur weiteren Veranlassung an den Magistrat der Stadt Magdeburg. Dieser hat nun kürzlich dem Beschwerdeführer mitgeteilt, daß dem Innungsvorstand am 11. Juni die Zurückzahlung der 50 Mark an die Innungskasse aufgegeben worden sei. Der Beschwerde wurde also entsprochen. Unverständlich erscheint es aber, wenn in der Antwort des Magistrats betont wird, daß die Innung sich eines Verstoßes gegen § 100 o. G. D. nicht schuldig gemacht habe, weil dem Beschluß vom 19. April nicht ein Viertel der Innungsmitglieder widersprochen und weil die Innung dem Magistrat nachträglich von dem Beschlusse Kenntnis gegeben habe. Das Wörtchen „nachträglich“ ist hier der Stein des Anstoßes, denn wohin soll es führen, wenn die Entscheidung der Aufsichtsbehörde immer erst angerufen wird, wenn vollendete Tatsachen vorliegen? Im übrigen aber darf man wohl erwarten, daß der Innungsvorstand in Zukunft etwas vorsichtiger sein wird, wenn er Leute auf Reisen schicken will.

Warnung vor einer Unfälle. Bei der lieben Jugend männlichen Geschlechts besteht die täglich zu beobachtende Unfälle, sich von hinten auf das Fahrrad eines Freundes zu schwingen, um so ein Stück Weges mitzufahren. Der 10jährige Knabe Wilhelm Liebknecht in Sudenburg Helmstedter Straße 16 wohnt, hat dieses Experiment schwer erleben müssen. Er sprang auch in der angegebenen Weise auf das Rad eines Gelehrten, geriet aber mit dem rechten Fuß in die Kette des Rades und büßte durch Abquetschen zwei Gelenke ein, während eine dritte stark verletzt wurde. Der unglückliche Knabe wurde nach dem Sudenburger Krankenhaus gebracht.

fällt es aber gar nicht ein, dem Druide der Rechten einen organisierten Gegenbruch der Linken entgegenzustellen, sie haben am Sonnabend sogar den selbstverständlichen Antrag Singers, den mit Abänderungsanträgen überlasteten Braunkohlsteuerentwurf in die Kommission zurückzuberufen, abgelehnt. Und am Tage darauf ließen sie sich auf ihren Parteitag als Gelden feiern! —

Wassermann über die Sozialdemokratie.

Herr Wassermann hat in einer Rede auf dem nationalliberalen Parteitag, der am Sonntag in Berlin stattfand, die Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion über die Erbschaftsteuer als einen „Sieg des Revisionismus“ bezeichnet, den dieser „nach heftigen Kämpfen in der Fraktion“ über den Radikalismus davongetragen habe. Herr Wassermann hat damit nur bewiesen, daß er jeden ihm zugetragenen Wandelhallenklatsch aufs Wort glaubt und daß er vom Wesen der Sozialdemokratie und den innerhalb der Partei vorhandenen Ideenrichtungen nichts weiß.

Meinungsverschiedenheiten über die von der Partei einzunehmende Haltung hat es nur hinsichtlich der dritten Lesung des Erbanfallsteuergesetzes gegeben, zu der es bekanntlich überhaupt nicht gekommen ist, und diese Meinungsverschiedenheiten beruhten nicht auf Gegensätzen der allgemeinen politischen Auffassung, sondern auf verschiedenartiger Beurteilung der gegebenen, sehr verwickelten und sich von Tag zu Tag ändernden Situation.

War es möglich, die Finanzreform mit ihren 400 Millionen Verbrauchsteuern aufzulegen zu lassen, die Auflösung des Reichstags und den Sturz der Regierung dadurch zu erzwingen, daß man gegen die Erbanfallsteuer stimmte, so mußte man es tun. Darüber bestand volle Übereinstimmung. War es wahrscheinlich, daß die Rechte nach Annahme der Erbanfallsteuer, wie jetzt die Linke nach ihrer Ablehnung, ihre Drohung wahr machte und gegen die indirekten Steuern stimmte, für die dann keine Mehrheit vorhanden war, so lag der Gedanke nahe, auch in der dritten Lesung für die Erbanfallsteuer zu stimmen, so wenig sie auch den Wünschen der Fraktion entsprach. Da jedoch die zweite Annahme sehr wenig Wahrscheinlichkeit für sich hatte, hätte sich die Fraktion vermutlich in der dritten Lesung für die Ablehnung entschieden.

Wassermann hätte dann von einem Siege des „Radikalismus“ gesprochen, was genau ebenso unnötig gewesen wäre, wie sein jetziges Gerede von einem „revisionistischen“ Siege.

An die Säule!

Folgende Volksvertreter haben bei der Abstimmung über den zahmen Antrag Wiesberts wegen Unterstützung derjenigen Tabakarbeiter, die infolge der sauberen Tabaksteuervorlage brotlos werden, mit nein gestimmt: Udo Graf Stolberg, schwerreicher Majestätherr, Jordan v. Ardenner, Präsident des Dreiklassenhauses und dieser Würde vollumfänglich würdig, Besitzer der Herrschaft Binzelsberg, wo deshalb auch der Expreßzug hält.

Clard v. Eldenburg aus Januschan, finanziell interessiert an der Schnapsbrennerliebesgabe, für die er natürlich selbst stimmt, bekannt durch seine Wige und Surrealen im Parlament.

Graf v. Kanitz, auf ewig berühmt durch sein Wort vom „Gliden des Strohdachs“.

Dr. v. Seydebrand, evangelisch fromm, aber nicht gerade teutonisch aussehend, Führer der Junfer im Dreiklassenhaus und Träger des ehrenden Beinamens „ungefährlicher König von Kreuzen“.

Fürst zu Hohenhausen-Dehringen, zugleich Krant- und Schlotgrande, Herzog von Meiß, vielfacher Plünderer.

Fürst zu Dohna-Salowitz, Großgrundbesitzer und vor ein paar Jahren gedurcharbeitet.

Dien Reichthum und Edelkeit der Nation, die durch ihre Gesetzgebung Tausende armer Arbeiter brotlos machen und diesen dann die geringste Unterstützung verweigern, gefallen sich folgende Bürgerliche zu, welche sich verdienen, geadeht zu werden: Schickert, Oberregierungsrat in Gumbinnen.

Siebenbürger, solcher, wenn auch nicht gejunferer, Gutsbesitzer und Verwalter in Gumbinnen, parlamentarischer Sozialist für Hochfinanzisten und Hauerländer.

Zu diesen Konservativen Nummer 9 und 10 kommt noch ein Zentrumsgroßbauer aus Baden namens Schuler, der jedoch gegen das ganze Gesetz gestimmt hat, und dem also vielleicht mildernde Umstände zugestanden werden können, und schließlich der ultramontane Landgerichtspräsident in Quedlinburg Jesner, dem dieser Pöbelungsgrund nicht zur Seite steht.

Möge das arbeitende Volk sich die Namen dieser zwölf Abgeordneten merken.

Liberaler Parteitag.

Sonnabend und Sonntag (3. und 4. Juli) fanden in Berlin Parteitage der nationalliberalen Partei, der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung statt. Das Zusammenreffen dieser drei Parteitage hatte allgemeine zu der Befestigung geführt, daß es möglicherweise zu einem engeren Zusammenhänge — mindestens aber zu einer parlamentarischen Fraktion — dieser drei liberalen Parteien kommen würde. Indessen so weit ist es noch lange nicht. Es mag wohl der Wunsch bestehen, daß die liberalen Köpfe des alten Reiches nunmehr — da sie in die Opposition gedrängt wurde — sich zu bündeln, gemeinsamen Wirken zusammenzufinden möchte; aber es sind hierbei nicht nur zahlreiche persönliche,

sondern auch fast unüberwindliche sachliche Gegensätze im Wege. Man denke z. B. nur an die nationalliberalen Agrarier Graf Oriola und Seyl zu Herrnsheim und den ausgesprochenen Freihändler Gothein. Zu Würdigung dieser schroffen Gegensätze ist auch keiner der Parteitage ernsthaft auf die Fusionsfrage eingegangen. Bei der freisinnigen Vereinigung war ein dahingehender Antrag gestellt; er wurde durch Ueberweisung an den geschäftsführenden Ausschuß lang- und kluglos begraben.

Vom Parteitag der freisinnigen Volkspartei liegen irgendwelche Nachrichten noch nicht vor. Diese freisinnigen Herren tagten — wie immer — unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Die öffentliche Veranstaltung der Nationalliberalen, die einer Sitzung des engeren Vorstandes folgte, war nichts weiter als eine Demonstration gegen die neue Blockmehrheit. Es wurde eine Resolution beschlossen, die der Fraktion den Dank für die Haltung bei der Beratung der Finanzreform ausdrückt und erwartet, daß die Fraktion auch weiterhin allen Steuer-vorschlägen ihre Zustimmung verweigert, solange nicht ein sozial gerechter Ausgleich durch eine allgemeine Besitzsteuer gesichert sei. Der Parteitag spricht sein tiefes Bedauern darüber aus, daß die Konservativen den Block zerstört, sich mit dem Zentrum und den Polen verbunden, dem Zentrum wieder zur Herrschaft verholfen und Bülow gestürzt haben. Der Parteitag ist der Ansicht, daß das deutsche Volk sich dem konservativ-kerikal-polnischen Bunde mit seiner mittelständischen, handels- und gewerbefeindlichen Politik nicht beugen wird. Er ist überzeugt, daß heute mehr denn je ein maßvoller Liberalismus allein die Gewähr bietet für eine glückliche politische und wirtschaftliche Entwicklung des Vaterlandes.

Auf dem Parteitag der freisinnigen Vereinigung, der am Sonnabend begann, empfahl der Abgeordnete Schrader in seiner Eröffnungsrede, eine dauernde Gemeinschaft des gesamten Liberalismus anzustreben. Die Einigungsverhandlungen könnte die Zeitung der freisinnigen Vereinigung führen. Er habe bereits mit Führern der freisinnigen Volkspartei Rücksprache genommen, die ihm auch zusagehafte Versprechungen gemacht hätten. Der Abg. Mommsen sprach über die Reichsfinanzreform. Die freisinnige Vereinigung will in der dritten Lesung nochmals energisch gegen die sogenannte Reform protestieren. Er behauptet, sie hätte das auch getan, wenn der alte Block bestehen geblieben wäre — eine Behauptung, die nach dem Verhalten der liberalen Gruppen in der Finanzkommission allzu gewagt erscheint. Nach Mommsen werden die Abgeordneten Lohrn, Gothein und Naumann. Lohrer geht wieder ganz in seinen Illusionen auf. Er sieht schon den Block von Bebel bis Wassermann lebhaft vor sich, da bei den letzten Abstimmungen im Reichstag wiederholt die gesamte Linke gegen den Schnapsblock der Rechten einig war. Natürlich erhofft Naumann auch recht viel für den Liberalismus vom neuen Sanjahund.

Schließlich wird im Verlauf der Diskussion die Einigungsfrage in den Vordergrund gehoben. Es wird u. a. betont, daß eine wirklich liberale Mehrheit ohne Nationalliberale und Sozialdemokraten nicht möglich ist und der Wunsch geäußert, in diesem Sinne Propaganda zu betreiben. Ueber einen Antrag, der die formelle Einigung fordert, wird jedoch nicht abgestimmt, da man der Ansicht ist, daß eine Einigung erst erfolgen könne, wenn entsprechende Verhandlungen gepflogen und Vorbereitungen getroffen sind. Diese Aufgabe wird dem geschäftsführenden Ausschusse zugewiesen.

Deutschland.

Das Kompromiß über die Korierungssteuer. Daß eine ermäßigte Korierungssteuer in des Komromiß zwischen Regierung und Zentrum Block eingeschlossen ist, melden wir schon: Die „Berliner Morgenzeitung“ erzählt nun über die Einzelheiten der geplanten Veränderung der Korierungssteuer folgendes: „Erstens werden die Steuersätze, die neulich in zweiter Lesung zum Beschluß erhoben worden waren, mehr oder weniger ermäßigt. Zweitens scheiden aus der Korierungssteuer die Hypothekenzinse und außerdem auch sämtliche ausländischen Posten aus. Und drittens wird die Geltungsdauer der Korierungssteuer befristet, die Steuer wird außerdem nur auf drei Jahre bewilligt. Nach Ablauf dieses Zeitraumes glaubt man ihrer nicht mehr zu benötigen, weil man hofft, bezüglich zu einer Einigung über eine Reichswertzuwachssteuer zu gelangen.“

Die Finanzminister der Bundesstaaten treten in diesen Tagen zusammen, um sich über eine Verständigung in der Reichsfinanzreform mit der neuen Mehrheit des Reichstags abzugeben, so daß die Verhandlungen des Reichstags am nächsten Sonnabend erledigt sein.

Einigung über die Gehaltsanhebungen der Reichsbeamten. Ueber die Befestigung der Reichsbeamten um ein Kompromiß wurde gekommen, so daß die Beschlüsse noch im Laufe dieser Woche — höchstens zwischen der zweiten und dritten Lesung der Reichsfinanzvorlage — erledigt werden kann. Die Regierung hat sich bereit erklärt, 17 Millionen Mark mehr, als sie ursprünglich bewilligen wollte, für die Befestigung bereitzustellen, so daß im ganzen 117 Millionen Mark für den von der Kommission ursprünglich verlangten 132 Millionen Mark erforderlich sind.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Achtung, Weißgerber! In Frankenhäusern am Appfänger haben die Lederfabrikanten den mit den Arbeitern abgeschlossenen, am 1. August ablaufenden Tarifvertrag gekündigt. Darauf unterbreiteten die Arbeiter den Arbeitgeber folgende Forderungen: 40 Pfennig Stundenlohn (bisher 35), für Juni und 12 Pfennig Zulage, Freigabe des 1. Aug. Bei einem ev. Ausstand kommen 50 Weißgerber in Betracht, die sämtlich organisiert sind.

Ein Erfolg der Bergarbeiterorganisation. Auf der Braunkohlengrube zur guten Hoffnung in Jettel trat die 43 Mann starke Belegschaft in den Streik, weil den Arbeitern durch Anschlag bekanntgegeben wurde, daß die verschiedenen Arbeiterarten wie Holzbauern und anderen nicht mehr bezahlt werden sollten. Dadurch würden Kommandos von zwei Mann einen wöchentlichen Lohnausfall von 2000 Mark erleiden haben. Auch die Bedingte waren dem reduziert worden, daß die Hauer höchstens noch einen Lohn bis zu 250 Mark pro Monat verdienen konnten. Durch die Einigkeit und gute Organisation der Arbeiter wurde erreicht, daß die Verwaltung mit dem Arbeiterführer einen Vertrag schloß, demzufolge der Gehaltshöhe um 20 Pf. und das Gehalt von 27 auf 28 und 29 Pf. pro Fund erhöht wurden, auch werden sämtliche Arbeiterarbeiten bezahlt.

1. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 154.

Magdeburg, Dienstag den 6. Juli 1909.

20. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

274. Sitzung.

Berlin, 3. Juli, vorm. 10 Uhr.

Am Bundesratsitz: Von Rheinbaben, Sydow.
Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über den

Zwischenhandel des Reiches mit Branntwein.

Abg. Weber (natl.): Das Gesetz ist in der gegenwärtigen Form unannehmbar. Die Kontingentierung war 1887 berechtigt. Statt angeht die Finanzen auf die Liebesgabe zu verzichten, belasten Konservation und Zentrum die kleinen Parfümeriegeschäfte mit 5 Millionen Mark. (Hört, hört! b. d. Natl.) Bedeutende Industrien, wie die chemische und Zelluloseindustrie mit ihren Hunderttausenden von Arbeitern, werden auf Gnade und Ungnade der Spirituszentrale preisgegeben. Und das heißt dann Mittelstandspolitik und Schutz der nationalen Arbeit! (Sehr gut! links.) § 10a, der für den Feinbranntwein 30 Prozent Alkohol festsetzt, zeigt deutlich die Tendenz der Meisten, den Alkoholgenuss zu fördern. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Die Vorlage ist ein Gesetz zum Schutze der Spirituszentrale. (Lebhafte Weisfall links.)

Abg. Speck (Ztr.) empfiehlt die Kommissionsbeschlüsse, muß aber zugeben, daß 30 Prozent Alkohol im Schnaps etwas viel ist.

Abg. Südekum (Soz.): Zunächst protestieren wir dagegen, daß unsre Namen sich unter den Kommissionsberichten befinden. Wir haben die Kommission verlassen. In Stellen, wo im Hochgebirge Abtütze stattgefunden haben, befindet sich wohl ein Markel oder sonst ein kleines Denkzeichen. (Große Heiterkeit.) Beim Branntweingesetz wäre ein Markel zu errichten mit der Aufschrift: Hier ist der Block verunglückt. (Schallende Heiterkeit.) Wohl oder übel mußten die Liberalen gegen die Verewigung der Liebesgabe, wenn auch zögernd genug, Front machen. Darauf nur hätte das Zentrum gelangt und es kam den Konserwativen zu Hilfe. Die Polen gestehen sich bei aus sehr guten Gründen. (Sehr gut! b. d. Soz.) — Es ist nicht wahr, daß die Liebesgabe im Interesse der Landwirtschaft liegt. Sie liegt nicht einmal im Interesse des ganzen Großgrundbesitzes. Es handelt sich um eine ganz kleine Zahl großer Brenner, deren Namen die Regierung trotz mehrfacher Aufforderung hartnäckig zu nennen sich weigert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Nebenbei wäre es sehr gut, wenn sich auch im Reichstag die Bestimmungen fände, wie bei verschiedenen Stadtverordneten-Versammlungen, daß Interessenten nicht mitnehmen dürfen, wenn es sich um ihre eigenen Interessen handelt. (Sehr gut! links.) Daß die Liebesgabe immer in der Einkommensteuer zum Ausdruck gelangt, will ich ja nicht behaupten. (Sehr gut! b. d. Soz. u. Kreis. Lärm rechts.) Der freiständige Antrag auf allmähliche Aufhebung der Liebesgabe ist für uns als kleineres Übel annehmbar und wir werden für ihn stimmen. Der Staatsmonopolgedanke ist gefallen, aber dafür bleibt das Privatmonopol der Spirituszentrale und wird durch die Reichsgesetzgebung so befestigt, daß ein vorichtiger Mann, wie der Abg. Kretsch, ruhig den Direktorenposten annehmen kann. (Hört, hört! und Sehr gut! b. d. Soz.) Mit dem Einwand, daß die Spirituszentrale die armen Mäherin billigen Spiritus liefert, soll man uns doch zusammen. Es liegt volkswirtschaftlich gar kein Grund vor, das billige Petroleum durch teuren Spiritus zu ersetzen. Ebenso albern ist der Einwand, daß man Karoffeln nur zum Schnapsbrennen verwenden kann. Die neuere Konservierungsverfahren gestatten die allerausgiebigste Verwendung der Karoffeln zur Viehfütterung. Wir lehnen es ab, das korumpierende System der Liebesgaben durch unsre Abströmung zu unterstützen und dem Fürsorgegesetz für reiche Großgrundbesitzer zuzustimmen. (Lebhafte Bravo! b. d. Soz.)

Abg. Freiherr von Gamp (Mp.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein, wenn sie auch nicht musterhaft seien. (Abg. Singer (Soz.): Ein Pfuschwerk sind sie.)

Abg. Schweichardt (D. Vp.) wendet sich scharf gegen die Vorlage, während

Abg. Vogt (Kraislheim, Wirtsch. Vg.) sie verteidigt.

Abg. Köfke (konj.): Die Vorlage ist keine Begünstigung, sondern eine Belastung der Landwirtschaft. (Lautes Hohnlachter links.) Gerade die Landwirte zahlen gern Steuern. (Schallende minutenlange Heiterkeit.) Ich zahle mehr Einkommensteuer als ich zu zahlen habe. (Lautes Lachen links. Zuruf: Sie Edler!)

Die Branntweimbrennereien verfolgen eifrigste Absichten. (Donnerndes Gelächter links.) Die landwirtschaftliche Brennerei hat einen Kulturzweck. (Brauende Heiterkeit links.) Sie erhält dem Vaterlande die Kartoffelkultur. (Erneute jürrnische Heiterkeit links.)

Abg. Kommissar (Freif. Vg., von der Rechten mit höchsten Tönen empfangen): Ihr Gebären (nach rechts) erinnert lebhaft an die Kinderstube. (Sehr wahr! links. Jörnige Aufregung rechts.) Man beschwert sich auf agrarischer Seite über den Ausbruch der Liebesgabe; schön, gebrauchen wir das vom Kollegen Südekum gebrauchte Wort Fürsorgegesetz. (Sehr gut! links.) Die auf Grund einer falschen Wahlkreiseinteilung zustande gekommene Mehrheit zwingt die Regierung und dem Lande ihren Willen auf. (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe rechts.)

Abg. Semler (natl.): Für die Finanzreform hängt nicht alles am Gelde, sondern am Schnaps. (Sehr gut! links.) Graf Kojadomsky hat mir einmal erzählt, die ostpreussischen Grundbesitzer könnten ohne Branntweineliebesgabe ihren Söhnen nicht die Leutnantszulage gewähren. (Unruhe rechts.) Das war wenigstens ehrlich. (Abg. Kretsch ruft: Aber dumml! Schallende Heiterkeit im ganzen Hause.)

Abg. Frubn (Nat.): Ich stimme für die Liebesgabe im Interesse der Landwirtschaft. Ich bin nicht Besitzer einer Brennerei. (Zuruf links: Aber der Wahrheit! Sturm. Heiterkeit.)

Abg. Weber (natl.): Für den Zolltarif haben wir Nationalliberale gestimmt. (Zuruf b. d. Soz. u. d. Kreis: Leider!) Wegen ihn der Bund der Landwirte. (Hört, hört! b. d. Natl.)

Abg. Köfke (konj.): Der Entwurf ist ein Gesetz zugunsten des Portemonnaies der Schnapsbrenner. (Lebhafte Zustimmung links. Unruhe rechts.) Und da spricht Herr Köfke von ethischen Momenten. (Lautes Lachen links.) Warum schweigt die Regierung, während doch ihr Entwurf im Verstoß verhandelt ist. (Die folgenden Ausführungen des Redners gehen im Hüllensärm der Rechten unter.)

Reichssekretär Sydow: Die Regierung hat gewiß das Monopol für besser gehalten als den vorliegenden Entwurf, aber gerade die Freistimmigen haben das Monopol zu Fall gebracht. (Hört, hört! rechts.)

Abg. Wicmer (Freif. Vp., durch den fortgesetzten Lärm der Rechten fast unverständlich): Dieser Gesetzentwurf ist das Widersinnigste, was die agrarische Sonderpolitik je ausgeheckt hat. (Bravo! b. d. Kreis.)

Damit schließt die Diskussion über die §§ 1 bis 23. § 1 wird angenommen. § 2, der die Liebesgabe enthält, wird in namentlicher Abstimmung mit 207 gegen 143 Stimmen bei 6 Stimmenthaltungen angenommen.

Eine Reihe weiterer Paragraphen wird unter den Rufen der Linden: Schnapsblock! Schnapsblock! angenommen.

In § 15 nimmt das Wort Staatssekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt (Stürmische Heiterkeit links. Zurufe b. d. Soz.: Die Regierung und Standpunkt!)

Präsident Graf Stolberg hebt im mächtigen Schwunge die Glocke empor. Der Klöppel springt heraus und die Glocke dem Klöppel nach. Abg. Nebbel hebt die Glocke auf und trägt sie zurück. (Minutenlange Heiterkeit des ganzen Hauses.)

Schafsekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt. (Erneutes jürrnisches Gelächter. Sie sind ja umgefallen, wie können Sie da stehen. Präsident Graf Stolberg sucht vergeblich durch Klöpfen an die Glocke sich Ruhe zu verschaffen.)

Schafsekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt (Erneutes jürrnisches Gelächter links. Die Rechte brüllt Ruhel! Präsident Graf Stolberg klopft mit einem Lineal auf den Tisch.)

Schafsekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt (Stürmische Heiterkeit links und jürrnische Rufe rechts. Präsident Graf Stolberg schwingt die Klöppelglocke.)

Schafsekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt (Gelächter und Zurufe dauern an und die Präsidentenglocke gibt kläglich winnmernde Laute von sich.)

Präsident Graf Stolberg: Dieser Lärm entspricht nicht der Würde des Hauses. (Stürmischer Weisfall links. Rufe bei den Sozialdemokraten: Die Schnapsliebesgabe und die jämmerliche Haltung der Regierung auch nicht!)

Schafsekretär Sydow wählt endlich andre Eingangsworte, bleibt aber im übrigen bei der fortdauernden Unruhe des Hauses unverändert. (Zwischen ist nach der hartnäckigen Weigerung des Klöppels, sich wieder einhalten zu lassen, eine etwas kläglich aussehende Ersatzglocke zur Stelle geschafft worden.)

Abg. Singer (Soz., zur Geschäftsordnung): Dadurch, daß der Schafsekretär das Wort genommen hat, ist die Diskussion wieder eröffnet worden. Wir haben hier eine Vorlage von 148 Paragraphen mit nicht weniger als 43 Änderungsanträgen, die fortgesetzt wieder abgeändert werden. (Hört, hört! links.) Diese Änderungsanträge sind der beste Beweis für die Unreife der Kommissionsarbeit. (Lebhafte Zustimmung links. Lärm rechts.) Ich beantrage daher Zurückverweisung an die Kommission. Die von der Mehrheit beliebte Debatte ist ein unerhörter Skandal. (Präsident Graf Stolberg bezeichnet diesen Ausdruck als unparlamentarisch.) Die Zurückverweisung an die Kommission ist im Interesse der Würde des Hauses notwendig. (Lebhafte Zustimmung b. d. Soz.)

Der Antrag Singer wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einiger Freistimmigen abgelehnt.

Abg. Köfke (konj.): Wir haben dem Antrag nur darum nicht zugestimmt, weil wir der Ueberzeugung sind, daß die Kommission doch nichts Besseres herausbringt. (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit links.)

Der Antrag Köfke zum § 15, die kleinen Brennereien bis zu einer Produktionsgrenze von 30 Hektolitern für entschädigen, wird angenommen. Der nationalliberale Antrag, die Produktionsgrenze bis zu 50 Hektolitern zu begrenzen, wird in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 152 Stimmen abgelehnt.

Weim § 15 wird in namentlicher Abstimmung ein Antrag Weber (natl.) auf weitestgehende Ermäßigung der Betriebsanläufe mit 183 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

§ 54 und 107 enthalten Bestimmungen über Vergütungen und über Verbrauchsabgaben bei Holzessig.

Abg. Südekum (Soz.) weist darauf hin, daß die zur Beratung stehenden Paragraphen dieses Fürsorgegesetzes (Heiterkeit) geradezu Musterbeispiele agrarischer Fürsorge sind, durch die der Preis des Essigs außerordentlich in die Höhe getrieben wird.

Die Paragraphen werden vom Schnapsblock angenommen.

§ 69a regelt die Denaturierungspflicht.

Abg. Südekum (Soz.): Dieser Paragraph ist der Gipfel des Berges von Fürsorgebestimmungen. Angeblich beabsichtigt er die Ueberproduktion von Feinbranntwein hintanzubalten. Selbstredend tun das die Agrarier nur aus patriotischen, aus ethischen Interessen heraus. (Große Heiterkeit links.) Nach den Agrariern beruht die Kultur Deutschlands auf dem Karoffelbau und der Karoffelbau auf dem Schnaps. Demzufolge sind also die chronischen Alkoholisten und notorischen Schnapsbrüder die Grundlage der feinsten Kultur. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Unter Ablehnung des Antrags Weber wird der § 69a in der Konservativen Zustimmung mit 181 gegen 166 Stimmen bei 4 Stimmenthaltungen angenommen. Die folgenden Paragraphen werden debattelos angenommen.

§ 103 enthält die Sätze für die Einfuhr aus dem Ausland.

Abg. Südekum (Soz.): Im § 103 werden ganz exorbitante Zollsätze für die Einfuhr von Parfümerien vorgeschlagen. Die französische Regierung wird kaum derselben, auf die Kieselzollsätze auf französische Parfümerien mit einer Erhöhung des Zolles auf deutsche Spielwaren zu antworten. Ich möchte ausdrücklich vor der Annahme dieser Zollsätze warnen.

Auf Antrag Dietrich (konj.) wird die Diskussion über § 103 mit der Diskussion über § 103 verbunden.

Reichssekretär Sydow: Man darf sich nicht durch den ersten Ausbruch rausen lassen und diese Steuer als eine Luxussteuer betrachten. Eine Menge kleiner Käufer, kleiner Geschäfte und Hausierer würden dieser Steuer unterliegen. Die Steuer wird nicht bringen, sondern ist eine reine Verzögerungssteuer. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dietrich (konj.): Die Gründe des Herrn Staatssekretärs veranlassen uns Konservative, die Reichspartei und die Wirtschaftliche Vereinigung, gegen diese Steuer zu stimmen. (Andauernde Heiterkeit links.)

Abg. Erzberger (Ztr.): In der Kommission war der Staatssekretär mit dem Grundgedanken der Steuer einverstanden.

Fenilleton.

Kochdruck verboten

Ein Frauenschicksal.

Sozialer Zeitroman von Eliza Orzeszka.

(29. Fortsetzung.)

Eveline lachte etwas gezwungen.

„Das zu tun ist nicht unsre Sache, das ist die Aufgabe der Gelehrten, der Schriftsteller und Publizisten, wie es Dein Mann ist. Wir Geschäftskente müssen berechnen, und der Hauptgegenstand unsrer Berechnung ist das Publikum, sein Geschmack, seine Bedürfnisse. Das Publikum beherrscht uns, von ihm hängt unsre Existenz ab, das Gedeihen und die Zukunft unsres Unternehmens.“

„So,“ sprach mit Entschiedenheit Marie, „und deshalb haltet Ihr es für unerlässlich, seinen sinnlosen Launen, der sehr zweifelhaften Reinheit seiner Geschmacksvorstellung zu folgen. Um Dich für Deine Behauptungen doch etwas zu strafen, liebe Freundin, kann ich Dir nicht verhehlen, daß Deine männlichen Zierpuppen dort unten, die wie Papageien plaudern und sich um lauter Weiberdinge zu schaffen machen, einen höchst lächerlichen Eindruck machen.“

Eveline lachte laut und rief immer noch lachend: „Glaubst Du, daß ich das nicht weiß?“

„Wenn ich an Deiner Stelle wäre,“ fuhr Marie fort, „dann würde ich diesen Herren raten, sich lieber ein ehrliches Handwerk zu suchen, als sich mit Spizen und Seidenstoffen abzugeben. Es würde ihnen viel besser anstehen.“

„Das glaube ich,“ fiel immer noch lachend Eveline ein. „Und an ihrer Stelle würde ich Frauen verwenden, die ja durch ihre physische Beschaffenheit schon zumeist von dem Handwerk ausgeschlossen sind.“

Eveline hörte plötzlich zu lachen auf und sah Marie sehr ernsthaft an.

„Meine teure Marie, glaubst Du, daß diese Männer nicht — eines Lebensunterhalts bedürfen, und vielleicht noch viel dringender als die Frauen, sie sind ja Familienväter.“

„Ich muß wieder von dem Recht unsrer Jugendfreundschaft Gebrauch machen und mir die Bemerkung erlauben, daß Du einfach Dinge nachsprichst, die Du um Dich herum sagen hörst, die aber wohl niemals Gegenstand Deines Nachdenkens waren. Diese Männer mögen ja Familienväter sein, aber hat die Frau, zu deren Gunsten ich mich ernehre, nicht auch die Pflicht, die Aufgabe, ihr Kind zu ernähren und zu erziehen? Nimm an, ich hätte das Unglück, den teuern und treiflichen Lebensgefährten zu verlieren, der nicht allein mein Herzenglück ausmacht, sondern mit seiner Arbeit für mich sorgt und schafft, würde mir dann als Mutter nicht auch die Verantwortlichkeit für die Erhaltung meiner Familie zufallen? Und nimm den Fall an, Du und Dein Mann würdet aus dem Leben hinweggerufen werden, ohne genügend für den materiellen Wohlstand Eurer Kinder vorgesorgt zu haben, würde die Pflicht, für die jüngeren Geschwister zu sorgen, sie zu erziehen, nicht auf Eure älteste Tochter zurückfallen?“

Eveline hörte mit gesenkten Blicken zu, das Antworten schien ihr recht schwer zu werden. Ebenso schwer wurde es ihr, ohne hinreichende Begründung Mariens Wunsch erfüllt zu lassen, deren Freundschaft ihr doch recht sehr am Herzen lag und ihrer Eigenliebe auch ein wenig schmeichelte. Der ungewöhnlich scharfsinnig jedoch, der aus ihren Blicken leuchtete, gab ihr abermals eine Antwort ein.

„Und davon abgesehen, sage mir, liebste Marie, fändest Du es schädlich, daß eine junge Frau (ich zweifle nicht, daß Dein Schützling noch jung ist) tagelang allein mit jungen Leuten in einem Raume verweile? Kann solche Gelegenheiten ihr nicht verderblich werden, für mich Unannehmlichkeiten mit sich bringen und mein Geschäft in der öffentlichen Meinung kompromittieren?“

„Ach, liebe Freundin, Du wiederholst ja leider abermals einen der üblichen Gemeinplätze. Man befürchtet, daß die gemeinsame Arbeit von Männern und Frauen der Jugend und Ehre der letztern verderblich werden könnte, aber daß die Not bei weitem leichter das Verderben mit sich bringen kann, wird außer acht gelassen. — Mein Schützling, wie Du die junge Frau nennst, hat vor kaum drei

Monaten den Gatten verloren, sie hat ein Kind, das ihr ans Herz gewachsen ist, sie ist ernst und traurig und geht ganz in der Aufgabe auf, auf ehrliche und anständige Weise — wofür ich einstehe — einen Erwerb zu finden. Kann man, darf man annehmen, daß eine Frau in dieser Lage, mit diesen Empfindungen und Erinnerungen, mit der Sorge, die sie bedrückt, Deinen geschneiegelten männlichen Zierpuppen auch nur einen Gedanken schenken könnte? Ich gebe Dir mein Wort, daß kein leichtfertiges Wort...“

„Aber, Marie,“ fiel ihr Eveline ins Wort, „dafür kann man nicht einstehen. Frauen sind so leichtsinnig, so unendlich leichtsinnig.“

„Zugegeben,“ entgegnete ernsthaft Marie. „Aber ist das Entziehen aller ehrlichen Erwerbszweige eine Abhilfe gegen den Leichtsinn? Ich wiederhole Dir nochmals, mein Schützling ist vorläufig durchaus ehrlich und gar nicht leichtfertig, wenn sie aber um Arbeit bettelnd von Tür zu Tür so abgewiesen hinweggehen muß, wie jetzt leider von der Teinen, dann freilich kann man für die Zukunft nicht einstehen.“

„Du treibst mich wieder in die Enge,“ sagte Eveline, „nun gut, ich will Dir glauben, daß die Person, für die Du Dich so lebhaft interessierst, das Muster, ja die Verkörperung der Tugend, des Ernstes, ja der Redlichkeit ist, aber kannst Du mir ebenfalls aus voller Ueberzeugung gut sehen, daß sie im gleichen Maße von der Ordnung und Sparamkeit befeelt ist, daß sie jene Pünktlichkeit und Pflichttreue besitzt, die keinen Schatten der Vernachlässigung dulden?“

Jetzt war wieder die Reihe, mit der Antwort zu zögern, an Marie. Sie gedachte der Enttäuschung, die sie hinsichtlich des Zeichenunterrichts erfahren, sie gedachte an Markthaus eigne Worte, die diese erst vor wenigen Stunden gesprochen: Ich bin durch nichts für die Arbeit vorbereitet, durch nichts gegen die Armut gewaffnet.

Marie schwieg, und ihre scharfblickende Freundin erblickte sofort die Verlegenheit und das Schwanken, das in diesem Versinken lag.

(Fortsetzung folgt)

2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 154.

Magdeburg, Dienstag den 6. Juli 1909.

20. Jahrgang.

Vermischte Nachrichten.

*** Ein interessantes Beispiel von Mimikry.** Unter Mimikry (Schuhfärbung) versteht man die Färbung eines Tieres, die es zum Schutz gegen Feinde möglichst wenig von der Umgebung abhebt, als auch jene, die dem Tiere Schutz vor vorzeitiger Entdeckung durch die zu seiner Nahrung ausersicheneren Beutetiere verleiht. Ein interessantes Beispiel dieser letzteren, sagen wir aktiven Schuhfärbung, wird in einem Artikel der „Deutschen Fischereikorrespondenz“ angeführt. Ein Fisch von der Gattung *Polycentrops abbreviata* Bouleyer, weist eine Färbung auf, die in ihrem Braungrau mit hellern und dunklern Mafeln lebhaft an ein ins Wasser gefallenes, abgestorbenes Blatt erinnert. Aber nicht nur die Färbung, auch die Gestalt ist genau dieselbe, wenn der Fisch die Flossen anlegt. Da die Endigungen der Rücken- und Afterflosse sowie die Schwanzflosse wären sie auch so gefärbt, nicht mehr in die ihnen Schutz und Unsichtbarkeit verschaffende Blattform passen würden, so sind sie eben gar nicht gefärbt. Sieht man den Fisch nicht ganz genau an, so gewahrt man die genannten Flossen überhaupt nicht, sie sind völlig glasklar, durchsichtig. In dieser Schuhfärbung kommt verständig noch das Gebaren des Fisches. Er liegt im Wasser, wie ein Blatt in diesem liegt. Bald liegt er vollständig auf einer Seite, bald lehnt er sich mehr oder minder schräg an eine Pflanze oder deren Wurzeln an, immer auf oder dicht über dem Boden lagernd, bald hängt er den Kopf nach oben oder nach unten, in den verschiedensten Stellungen, zwischen den Pflanzen. Alles am Fisch ist Ruhe, und selbst seine Schwimmbewegungen sind unsichtbar und rätselhaft, da eben diejenigen Flossen, welche die Bewegung vermitteln, so völlig durchsichtig sind, daß man ihre Tätigkeit gar nicht wahrnimmt. Kommt aber ein Beutetier in die Nähe, so wirkt das wie ein elektrischer Schlag: die Flossen strahlen sich im Augenblick, und wehe dem Tiere, das zu nahe an den *Polycentrops* kommt — im Nu ist es verschlungen.

*** Bilette für die Reise ins Paradies.** Ein Reiseokument ganz merkwürdiger Art wurde, wie die „Vossische Zeitung“ berichtet, den Besucherinnen der Mädchenhandelschule in Feldkirch, der durch ihre von Jesuiten geleiteten Erziehungsanstalten bekannten vorarlbergischen Stadt, von Klosterchwestern kürzlich in die Hand gedrückt. Die Zettel hatten folgenden Inhalt:

„Bilette für die Reise ins Paradies!
Zeit der Abfahrt: Jede Stunde geht ein Schnellzug.
Ankunft: Wenn Gott will — je nachdem.
Preise der Plätze: Erste Klasse: Unschuld oder Buße und Erbschaft mit den Gelübden der Armut, der Keuschheit und des Gehorjams.
Zweite Klasse: Buße und Vertrauen auf Gott mittels eines frommen und keuschen Lebens.
Dritte Klasse: Vollkommene Neue und Ergebung in den göttlichen Willen, Beobachtung der Gebote Gottes und Erfüllung der Standespflichten im Ehe- oder Witwenstande.
Bemerkungen: 1. Retourbilette werden keine ausgegeben.“

2. Vergnügungszüge gehen nicht ab.
3. Kleine unvernünftige Kinder bezahlen nichts, wenn sie sich nur im Mutterschoße (der katholischen Kirche) befinden.
4. Die Passagiere werden gebeten, kein andres Gepäck als gute Werke mit sich zu nehmen, wenn sie nicht den Zug versäumen oder auf der vorletzten Station, Zegefeuer genannt, wo jedes andre Gepäck abgelegt werden muß, eine unliebsame Verzögerung erleiden wollen.
5. Reisende werden auf allen Stationen der ganzen Linie aufgenommen.
6. Jedes Bilette muß den Stempel der heiligmachenden Gnade tragen, entweder seit der Taufe, wenn verloren, durch das hl. Bußsakrament neu bisiert.
7. Jeder Reisende kann während des Weges, wenn er einen größeren Preis nachzahlt, von einer niederen in eine höhere Klasse umsteigen, hingegen muß das Umsteigen in eine niedere Klasse — als lebensgefährlich — durchaus mißraten werden.“

Diese geschmackvollen kirchlichen Tictets, die ein glänzendes Zeugnis für die „Modernität“ der katholischen Kirche darstellen, sind in der Bonifazius-Druckerei in Paderborn hergestellt worden.

*** Türkische Drohnen.** Die Anzahl der Offiziere und Beamten, die nach dem neuen Gesetz über die Einschränkung der Staatsausgaben entlassen oder pensioniert werden sollen, dürfte sich auf 27 000 beziffern. So riesenhaft diese Ziffer erscheint, so wird sie erklärlich, wenn man bedenkt, wieviel Tausende von Würdiggängern jedem Ministerium attachediert waren, die unter dem alten Regime gut lebten, ohne etwas zu leisten, und die sich jetzt genötigt sehen werden, sich ein andres Gebiet für die Betätigung

ihres Talente auszusuchen. Dazu kommt der Hofhalt des Sultans Abd ul Hamid mit seinen unzähligen Parasiten, die an sich eine kleine Armee bildeten. In den letzten Jahren war die monatliche Salärliste, die vom Schahamt bestritten werden mußte, auf nahezu 1 Millionen Mark angewachsen. Jede einzelne Abteilung im Staatsbetriebe wies weit mehr als die nötige Zahl von Beamten auf, und wenigleich die meisten Beamten ein geradezu klägliches Salär bezogen, so erhielten dafür die höheren Beamten Miesengehalte, die außer jedem Verhältnis zu ihren Leistungen standen. Da das Gesetz keine Altersgrenze vorschrieb, so blieben die Beamten, wenn sie nicht durch irgendeine Intrige gestürzt wurden, bis an ihr Lebensende in ihren Stellungen. Aber selbst diejenigen, die einer Intrige weichen mußten, wurden gewöhnlich, wenn sie im Palast jemand hatten, der sie protegierte, mit Sinecuren bedacht. In sämtlichen Zweigen der Verwaltung vertritteten drei oder vier Beamte die Arbeit, die ein einziger gut hätte bewältigen können; in vielen Fällen verteilte sich die Arbeit, die ein Beamter bequem leisten konnte, sogar auf zehn bis zwanzig Beamte. So z. B. waren im Ministerium der öffentlichen Arbeiten nahezu 1000 Schreiber angestellt, wiewohl 100 mehr als reichlich gewesen wären. Die Bureauz waren dadurch dekar überfüllt, daß nicht alle Beamte zu gleicher Zeit anwesend sein konnten; die Schreiber hatten daher die Anordnung getroffen, daß sie sich gruppenweise zur Arbeit einfanden und sich schichtweise jede Woche ablösten. Die Jungtürken haben nun an diesen Uebelstand das Meißer angelegt, so daß es in allen Ministerien und sonstigen Verwaltungen großes Glend und Beklagen geben wird. Es besteht die Absicht, jeden Entlassenen nach Maßgabe seiner Dienstjahre irgendwie zu entschädigen; dauernd wird jedoch nur für diejenigen gesorgt werden, die über 30 Dienstjahre hinter sich haben. Die vom jungtürkischen Regime beschlossenen Sparmaßnahmen sind zur endlichen Herstellung des finanziellen Gleichgewichts zwar unerlässlich, sind aber bezeichnenderweise nicht geeignet, das neue Regime bei der Bevölkerung populär zu machen.

Geschichte einer Ehe.

Sie war eine hübsche Putte
Und er ein eifriger Pf.
Dum gingen sie schnell aufs Standesamt
Und wurden zu ewiger Eh' verdammt,
Das Besten und die Rutte,
Der Junker und der Pfaff.

Sie sprachen: „Ihr Herren und Damen,
Dient stets an Tod und Grab!
Dort oben werden wir alle gleich,
Der Armen geht das Himmelreich.
Dum nehmen in Christi Namen
Wir euch den Mamon ab.“

Und siehe! Des Himmels Segen
Ruh' auf dem würdigen Paar.
Sie strebten nur nach himmlischem Ruhm
Und machten in Korn und Christentum.
Wir hungerten ihretwegen
So manches dürre Jahr.

Da, mitten im Ehefrieden,
Fand er eine andere nett,
Und sie, nicht faul, sprach: „Geh nur! Geh!“
Und lebte selber in wilder Eh'.
Da wurden die beiden geschieden,
Geschieden von Tisch und Bett.

Doch dauert' es gar nicht lange,
Da tat es den Aermsten leid.
Durch die Zwietracht litt das Geschäft gar sehr,
Und das Christentum rentierte nicht mehr.
Da dachten sie beide bange
Der alten seligen Zeit.

Und eh' vergangen zwei Jährchen,
Geh's wieder zur heiligen Eh'.
Und den Menschen zum Trost und Gott zum Ruhm,
Blüht neu Kornwucher und Christentum.
Wir gratulieren dem Pärchen
Und zahlen die Zeche — juchhe!

Edgar Steiger im „Simbl.“

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. Juli 1909.

Bergehen gegen das Patentrecht? Der Fabrikdirektor August Heimbold zu Genthin, geboren 1853, soll dadurch gegen das Patentrecht vom 7. April 1891 verstoßen haben, daß er im Jahre 1905 eine patentierte Erfindung des Fabrikdirektors Dr. Möller zu Sarsfeld, betreffend ein Verfahren zur Befestigung von Steinauslag in Verdampfungsapparaten mittels Bisulfat, unbefugt in Anwendung gebracht haben soll. Der Einwand des Angeklagten, er habe das bezogene Bisulfat nur zur Entfernung von Öl und Fett verwendet, konnte nicht widerlegt werden. Ferner konnte nicht aufgeklärt werden, ob dem Angeklagten die Rechtslage über das Patent hinsichtlich des Bisulfats bekannt gewesen ist. Die Kammer erkennt daher auf Freisprechung.

Aus „Freundschaft“. Die verheiratete Hulda Gutte geborne Kirch zu Kiel, geboren 1875, wohnte früher hier im Hause Apfelstraße 6 und denunzierte die Tochter der Hausbesitzerin wegen Kupplerei. Diese Anzeige soll aus Nachsicht und wider besseres Wissen gemacht sein. Die Verhandlung fand in nichtöffentlicher Sitzung statt. Die Angeklagte wird freigesprochen, da nicht erwiesen werden konnte, daß sie die Anzeige wissenschaftlich falsch erstattet hatte.

Aus Not. Der Invalide und Drehorgelspieler Karl Ulrich von hier, geboren 1877, fällste 18 Gutscheine mit der Unterschrift des Pastors Rauch an den Bäckermeister Wend auf Lieferung von Brot und holte sich darauf 15 Stk. Zwei Gutscheine gab Ulrich dem Arbeiter Louis Schmidt von hier, geboren 1868, der sich darauf, obwohl er die Fällung kannte, zwei Brote holte. Die Kammer verurteilt Ulrich zu 2 Monaten Gefängnis und Schmidt, der vorbehaftet ist, zu 3 Monaten Gefängnis.

Militär-Justiz.

Kriegsgericht der 7. Division.

Magdeburg, 3. Juli 1909.

Diebstahl. Der vor seinem Dienstantritt bereits zweimal verurteilte Musiketer Majke 1. Komp. 27. Inf.-Regt., hat sich heute wegen zweier Diebstähle gegen Kameraden zu verantworten. Er wird beschuldigt, einen gefundenen Brustbeutel mit etwa 80 Pf. Inhalt nicht wieder abgeliefert zu haben und ferner aus einem offenen Spind einem Kameraden ein Portemonnaie mit 5,30 Mark Inhalt weggenommen zu haben. Da der zweite Diebstahl nur auf Vermutungen beruhte und nicht bewiesen werden konnte, erfolgte Freisprechung. Wegen des ersten Falles lautete das Urteil auf 3 Monate Gefängnis und Verweisung in die zweite Klasse des Soldatenstandes. Außerdem wurde die jährliche Reimoblie verpfändet wegen der vom Gerichtsherrn ev. zu verhängenden Untersuchungshaft.

Eingegangene Druckschriften.

Nicht verlangte Zusendungen werden nicht zurückgeschickt. Belpredung vorbehalten.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 12 hat u. a. folgenden Inhalt: Die deutsche Fortbildungsschule 2. Ziel und Organisation der modernen Fortbildungsschule. Von Joh. Hoffmann (Rauerslautern). — Reichstagsauflösung. Ein politischer Zwiegespräch zwischen einem Jungen und einem Alten. — Das Werden im Weltall. Von Felix Linke (mit Illustrationen). — Magenta und Solferino. — Wanderregeln. Von W. Söllmann. — Der Pranger der Lehrlingskinder. — Schmutzige von den Gegnern usw. — Beilage: Die Meisterzeche. Gedicht von John Henry Maday. — Weil's recht war. Eine Geschichte aus dem Walde, von A. Ger. — Wie ich ein feiner Kerl wurde. Von Adolf Ernst. — Bücher für die Jugend. — Verwandlung. Gedicht von Hoffmann von Fellersleben.

Kommunale Praxis. Die Heft 24 bis 26 sind erschienen und ist damit das 2. Quartal abgeschlossen. Wir wollen nicht unterlassen, unsere Leser, die sich für Kommunalpolitik interessieren, nochmals darauf hinzuweisen, daß die Zeitschrift der „Kommunalen Praxis“ für jeden Kommunalpolitiker unerlässlich ist. Preis pro Quartal 3 Mark. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen. Probe-nummern frei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.

Plutus. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber Georg Bernhard). 27. Heft des sechsten Jahrgangs. Abonnements vierteljährlich 4,50 Mark. Probehefte gratis in jeder Buchhandlung und vom Plutus-Verlag in Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69. —

Hinter den Kulissen.

I.

Bühnenmoral und Bühnencend.

Die „Bühnengenossenschaft“, die Organisation der deutschen Schauspieler und Bühnensänger, hat sich, wie bekannt, von dem „Bühnenverein“, dem scharfen Nachbarverein der Direktoren und Theaterunternehmer, losgelöst und auf eigene Füße gestellt. Er will an den Reichstag arbeitsieren und seine kämpferischen Bestrebungen für die wirtschaftliche Sicherstellung und moralische Hebung des deutschen Schauspielerstandes durch ein Reichstheatergesetz krönen.

Notwendig wäre es und höchste Zeit, denn die Paschalwirtschaft und Willkür der Theaterleiter ihrem künstlerischen Personal gegenüber, das ihnen durch knifflige, oft jeder guten Sitte höhnsprechende Verträge und Kontrakte bedingungs- und fast rechtlos ausgeliefert ist: das sind direkt asoziale Zustände, auf die Staat und Regierung längst ihr Augenmerk richten müssen.

Trotzdem die Presse aller Parteien ihre Pflicht tut und rüchhaltlos das Grundübel der modernen Theaterwirtschaft aufdeckt: Neberproduktion und deshalb Interkonjunktion, d. h. ein ungeheurer Zulauf zum Theater drückt derartig auf die Erwerbsverhältnisse der Bühnenmitglieder, daß ein ständig wachsendes Proletariat in der „Welt des Scheines“ entstanden ist. Trotzdem nimmt der Andrang der „hoffnungsvollen Talente“ eher zu als ab.

Wie ein unbarbarischer Scheinwerfer hinter die trügerisch gemalten Kulissen und hinter die gleißende Schminke auf Geächteten und Armen, Schulkern und Busen der Komödianten wirkt ein vor kurzem bei G. Witz u. Co. in München erscheinendes Büchlein: „Hinter den Kulissen. Enthüllungen aus dem Bühnenleben“ von Arno Hoffmann (Preis 1 Mark). Ein Fachmann teilt hier dem großen Publikum aus dem Schatze seiner Erfahrungen rüchhaltlos und ohne jede Schö-

nung für diejenigen Unternehmern mit, die man als Bühnen- stillabenhändler bezeichnen muß. Seine Erfahrungen sind so schmerzhaft und trübe, daß man es verzieht, wenn der Autor oft verbittert wird, überreizt und verallgemeinert. Daß im großen und ganzen aber die geschilderten Zustände wahr sind, ist nicht zu bezweifeln.

Können wir z. B. einiges aus den Kapiteln: Bühnenmoral und Bühnencend. Das Milieu bestimmt die Verhältnisse. Auch beim Theater. Die sittlichen Verhältnisse und Aufbaumungen eines Standes sind stets von dem Milieu abhängig, in dem sich seine Angehörigen bewegen. Das Milieu, in dem sich die Bühnenkünstler bewegen, ist das einer freien Lebensauffassung, die sich über die bürgerlichen Konventionen hinwegsetzt. „Wer trägt den Kampf zwischen Pflicht und Liebe interpretiert, in dem liegt die Liebe liegt, der wird allmählich selbst von dem natürlichen Vorrecht der Liebe über die Pflicht durchdrungen.“ Resultat: die freie Liebe. Die freie Liebe, das uralte Moralgesetz im Stande der Schauspieler. Nur daß sie leider eben oft ausartet. In Karnickelwirtschaft, besonders an kleinen Bühnen. In verschämte Prostitution, die wieder an größeren Theatern mehr ausgebreitet ist wie an den kleinen. Die weiblichen Mitglieder kleiner Bühnen finden seltener Gelegenheit, sich den „reichen Freund“ zu ergötzen; es fehlt der glänzende Rahmen eines großen Hof-, Stadt- oder Lustspieltheaters, auch spielen die kleinen Theater nur kurze Zeit in kleinen Städten. Das Bestreben leichtfertiger Theaterdamen geht deswegen entschieden nach einem Engagement an großen und vornehmen Bühnen. Wenn auch mit minimalem Gehalt oder ganz ohne Gage. Diese hübschen jungen Mädchen beim Chor, Statistiker oder kleinen Rollen finden seltener einen auskömmlichen Nebenverdienst. Und der Direktor ist doppelt fein heraus. Er hat in ihnen Ledvögel und braucht nicht zu zahlen. Die Hauptursache an der Bühnenprostitution ist der Garderobenlurus und der Perillan- teneufel. Kein Wunder, daß oft erste Sterne der Kunst

ihre Jugend diesen beiden Verführern opfern! Auch hier sehen die Herren Direktoren dem mehr oder weniger verhäulten Treiben ruhig zu. Wenn sie steuern wollten, müßten sie ja den weiblichen Bühnenmitgliedern selbst die Garderoben und Repräsentationsstoiletten beschaffen oder die Gagen bedeutend erhöhen. Also beide Augen fest zu!

Legitime Einnahme ist beim Theater ein keineswegs geschätzter Artikel. Ein schlagender Beweis hierfür ist der berühmte § 11 des deutschen Normalbühnenvertrags, der dem Theaterleiter das Recht zur Lösung des Kontrakts im Falle der Verheiratung eines weiblichen Mitglieds ohne weiteres einräumt. Warum diese Ungeheuerlichkeit? Ganz einfach, weil „durch die Heirat die Künstlerin den Reiz für das Publikum verliert“. Dies genauer: für den Prudenz des Publikums, der sich aus der erotisch wildernden, genußsüchtigen Jungherren- und Lebemannswelt retrutiert. Also: keinen Schutz durch Ehe, miserable Gagen, Toilettenlurusbedürfnis! Aus diesem doppelten Dilemma führt in der Tat nur ein Notausgang heraus: die Prostitution.

Mammonismus und Lebusucht ist unter den Bühnenkünstlern ebenso rasch gewachsen wie ihr Idealismus geschwunden ist. Aus dem eintrigen Idealismus, der die veredelnden und erzieherischen Geitalien in den großen Dramen unserer Geistesherden mit voller Hingabe seines Jochs verkörpert, ist heute ein materieller Genusmenschen geworden. „In keinem Stande entwickelten sich in den letzten Jahren so viele Gourmands.“ Die 90 Prozent aller Schauspieler, die mit Gagen bis zu 100 Mark bezahlt sind, können freilich nicht an Lebusucht denken. Die nagen an dem bekannten Tuch. Aber die gut und übergut bezahlten Goffschauspieler und Kammerjägerinnen leben oft derartig in Zaus und Kraus, daß ihre Fähigkeiten darunter zurückgehen, womit sie selbst rückwärts streben, bis sie im Proletariat landen und im Elend ihre Laufbahn enden. —

Töbliche Vergiftung durch Schierling.

In der Jungfernheide unweit des Plöbenfrees fand am Sonnabend 7 Uhr ein Gendarm drei bewußtlose Knaben im Alter von 8 bis 10 Jahren. Sie hatten augenscheinlich Schierling gegessen. Der Beamte brachte die Kinder nach dem Virchow-Krankenhaus, wo eins von ihnen bereits gestorben ist. Die Personalien sind noch nicht festgestellt. Als der Gendarm die Knaben bei seinem Patrouillengang fand, waren sie nahezu steif und starr. Sie lagen zwischen Wasserschierlingsträuchern und hatten augenscheinlich von dem wie Kimmel oder Dill riechenden, noch grünen Samen gegessen. Der Beamte eilte an den Plöben-see und rief einige Leute, die auf einem Boote spazierenführten, zu Hilfe. Mit ihrer Unterstützung brachte er die Kinder zunächst in dem Kahn nach der Militärärztl. Anstalt und dann nach dem Virchow-Krankenhaus. Die Ärzte erkannten sogleich die Vergiftungserscheinungen des harzartigen Zinkutrin, das in dem Saft der gefährlichen Schierlingspflanze enthalten ist, und wendeten sogar Gegenmittel an. Bei dem einen Knaben trat aber schon nach kurzer Zeit der Tod ein. Auch der Zustand der beiden älteren Knaben ist in hohem Grade gefährlich. Bei den Schierlings-Vergiftungen pflegt gewöhnlich erst nach vielen Stunden die Atmung und bald darauf die Herzthätigkeit aufzuhören.

Der Juwelenraub in London.

Ein in Paris ansässiger österreichischer Juwelier namens Friedrich Goldschmidt ist gestern im Restaurant Monaco in London das Opfer eines dreifachen Diamantenraubes geworden. Goldschmidt traf am Sonntag aus Paris in London ein und stieg in Defenses Hotel ab. Es scheint, daß Diebe ihm von Paris gefolgt sind und ihn auf allen Gängen in London nicht aus dem Auge gelassen haben, um eine Gelegenheit für einen Raub abzuwarten. Wiederholt hatte Goldschmidt im Laufe der Woche beobachtet, daß ihm, sobald er einen Wagen nahm, ein anderer folgte. Gestern mittag speiste er im „Monico“. Seine Tasche mit Diamanten setzte er neben sich auf einen Stuhl. Er gibt den Wert ihres Inhalts auf etwa 2 Millionen Mark an. Als er gespeist hatte, ging er nach der Toilette, wohin er die Tasche mitnahm. In der Toilette waren noch drei andre Herren. Goldschmidt hatte sich eben die Hände eingeseift, als plötzlich einer der Fremden die Tasche ergriff und davonlief. Goldschmidt und die beiden andern Männer liefen dem

Diebe nach; dabei fiel einer der beiden zu Boden, und der andre und Goldschmidt stolperten über ihn. Als der Juwelier sich erhoben hatte, war der Dieb und seine vermeintlichen Verfolger längst zur Tür hinaus. Die Handtasche enthielt 6 Perlenhalsbänder, 1050 Perlen von verschiedenen Größen und eine große Anzahl geschliffener und roher Diamanten.

Die Cholera auf dem Marsche.

Helsingborg, 4. Juli. Die Wirtschaffsührerin auf dem von Riga kommenden Gotenburger Dampfer „Jerna“, der auf der Helsingborger See vor Anker liegt, erkrankte vor einigen Tagen unter Cholera verdächtigen Erscheinungen. Die Wlebisjinaldirektion in Stockholm hat ihr Gutachten dahin erstattet, daß wahrscheinlich Cholera vorliegt. Der Dampfer wurde daher angewiesen, nach dem Quarantäneplatz bei Kånjß abzugehen, um das weitere Resultat der Untersuchung abzuwarten. Der Dampfer hatte keine Verbindung mit Helsingborg.

In Petersburg sind seit Sonnabend 74 Neuerkrankungen und 37 Todesfälle an Cholera vorgekommen; die Gesamtzahl der Kranken beträgt 662.

Explosion auf dem Kriegsschiff.

An Bord des chilenischen Panzerkreuzers „Almirante O'Higgins“ explodierte bei einer Schießübung eine Granate, durch deren Splitter sechs Artilleristen schwere Verletzungen davontrugen. Einer der Verwundeten starb bereits auf dem Transport nach dem Marinehospital.

Marktberichte.

Magdeburg, 3. Juli. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 Kilo netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen englischer gut 273-278, mittel —, do. Sommer gut —, mittel —, do. Kolben Sommer gut —, do. ausländischer gut 270-276. — Roggen inländischer gut 195-199. — Gerste hiesige Chevaliergerste gut —, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut —, ausländische Futtergerste gut 136-139. — Hafer inländischer gut 205-210, ausländischer 190-198. — Mais runder gut 160-166.

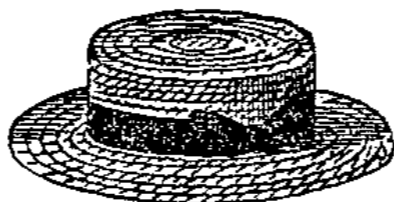
Wasserstände.

+ bedeutet über. — unter Null.		Hoch		Niedrig	
Ort	1. Juli	2. Juli	3. Juli	4. Juli	5. Juli
Jungbunzlau	0.00	+ 0.03	—	—	0.03
Naun	- 0.25	- 0.14	—	—	0.11
Budweis	+ 0.10	+ 2.00	—	—	1.90
Prag	—	—	—	—	—
Mulde.					
Deffau, Muldenbr.	3. Juli - 0.23	4. Juli + 1.43	—	—	1.66
Elbe.					
Barbusitz	1. Juli - 0.50	2. Juli + 0.16	—	—	0.66
Brandeis	—	+ 0.10	—	—	0.07
Melmitz	—	+ 0.43	—	—	0.11
Meitmeritz	—	+ 2.85	—	—	1.78
Auffig	3. —	+ 1.22	4. —	+ 3.53	2.31
Dresden	—	+ 1.18	—	+ 1.56	1.91
Torgau	—	+ 1.23	—	+ 2.07	0.33
Wittenberg	—	+ 1.30	—	+ 1.24	0.77
Hesslau	—	+ 0.53	—	+ 1.87	0.71
Barby	—	+ 0.57	—	+ 1.87	1.36
Schönebeck	—	—	—	—	—
Magdeburg	4. —	+ 0.75	5. —	+ 1.30	0.55
Zangermünde	3. —	+ 1.06	4. —	+ 1.04	0.02
Wittenberge	—	+ 0.88	—	+ 0.85	0.03
Proba-Dömitz	—	+ 0.38	—	+ 0.34	0.04
Lauenburg	—	+ 0.50	—	+ 0.44	0.06

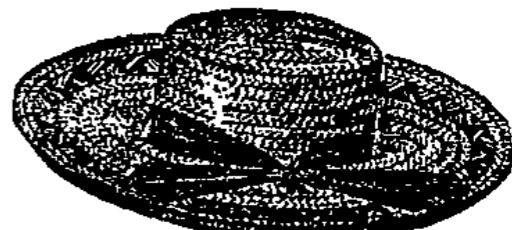
Aus dem Geschäftsverkehr.

Hunderte von blühenden Kindern sterben in jedem Sommer an Brechdurchfällen. Hiergegen bietet eine rationelle Säuglingsernährung mit „Kuske“ und Milch den besten Schutz. „Kuske“ macht die Milch leichter verdaulich, vermindert die Darmgärungen und entzieht krankheitsregenden den Nährboden. Ueberhaupt macht „Kuske“ und sein reicher Gehalt an Nährstoffen den gesamten Organismus und damit auch den Magen und Darm widerstandsfähiger gegen Krankheitskeime.

Großer Extra-Verkauf von Strohhüten



Knabenhüte



Kinderhüte

- Herren-Strohhüte**
- Herrenhüte** mit geradem Rand, in div. Geflechten und Garnierungen . 2.75 2.50 2.00 1.75 **50 Pf.**
- Herren-Fassonhüte** in gebleichtem engl. Geflecht, mit schwarzem Band **70 Pf.**
- Herren-Fassonhüte** in gebleichtem engl. Geflecht, mit schwarzem od. buntem Band **85 Pf.**
- Herren-Fassonhüte** in gebleichtem engl. Geflecht, mit schwarzem od. buntem Band **95 Pf.**
- Herren-Fassonhüte** mod. Form, in gebleicht. Geflechtem, mit bunt. od. schwarz. Band **1.25**
- Herren-Fassonhüte** weiß Battingeflecht und gebleicht engl. Geflechte **1.45**

- Knabenhüte** geradrand., schwarz-weiß mel., m. schwarz. Band **45 Pf.**
- Knabenhüte** geradrandig, gebleichtes Geflecht, mit gemust. Band **45 Pf.**
- Knabenhüte** geradrandig, gebleichtes Battingeflecht, mit schwarzem Band **62 Pf.**
- Knabenhüte** geradrandig, Sattingeflecht und engl. Geflecht mit verschiedenen Garnierungen **70 Pf.**

- Gefl., mit zweifarb. Rand u. Bandgarnit. **50 Pf.**
- Kinderhüte** gebleichtes, engl. Gefl., m. zweif. Rand u. Ripsbandgarn. **65 Pf.**
- Kinderhüte** gebleichtes, engl. Gefl., mit marine od. creme Bandgarnit. **70 Pf.**
- Kinderhüte** gebleichtes, Phantafiegeflecht, mit creme Bandgarnitur **85 Pf.**
- Kinderhüte** gebl. engl. Phantafiegef. 3.00 2.50 2.25 1.75 1.50 1.25 **1.00**

NEUHEIT Tiroler-Hüte für Knaben, in glatten und gezackten engl. Geflechtem, oliv u. gebleicht, mit Schussfeder **55 Pf.**
Stück 100 85 75

Der Verkauf meiner Kleiderstoff- und Baumwollwaren-Abteilung befindet sich während des Umbaues Kaiserstraße Nr. 17, Ecke Kronprinzenstraße.

Nur einen gestrichenen Eßlöffel Cafetin

mit einem Liter springend kochendem Wasser überbrüht, gibt eine Tasse Kaffee von köstlichem Wohlgeschmack zum Preise von ca. 1/4 Pfg. Cafetin, coffeinfreier Ersatz für Bohnenkaffee, ist in Paketen von 1/1 Pfd. (ausreichend für 200 Tassen) und 1/2 Pfd. (100 Tassen) zum Preise von 50 bzw. 25 Pfg. in allen Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäften erhältlich.

Engros-Vertrieb: **Raschke & Giesemann,** Kaiserstrasse 75. — Telephon 4517.

Billig! Schuhwaren Schmidtstr. 44
Herren-, Damen-, Kinderschuhe u. -stiefel in Chevreau, Box calf und andern Sorten Leder, Plüschsocken und -pantoffeln, auch aus Konkursmassen stammende Waren billig nur **44 Schmidtstrasse 44**

Pickel im Gesicht
u. am Körper, Blüten, Wimpern, Rötten u. sonstig. Gesichtsflecken argere Sie nicht lange mehr d. Gebrauch u. **Zucker's Patent-Medizinal-Seife** ärztlich empfohlen u. 1000fach bewährt. 30 Stk 50 Pf. (15 Stk) und 90 Stk 1.50 (35 Stk) stärkste **Zucker-Creme** (nicht fetter) macht die Haut samtweich u. zart, gibt bei Wangen ein volles Rotzirt u. verleiht natürliche Anmut u. jugendlich. Siebreiz bis ins höchste Alter. Preis 75 Pf. u. 90 Stk. Ueberall erhältlich.
Sicht in allen Apotheken, Drogerien, Parfümerien etc. Wo nicht erhältlich, direkt von **L. Zucker u. Co., Berlin.**

Geschäfts-Eröffnung.
Allen meinen lieben Freunden, Bekannten und Nachbarn zur aest. Kenntnisnahme, daß ich am 1. Juli das **Restaurant „Zum Seidlitz-Kürassier“** verbunden mit Materialwarengeschäft käuflich erworben habe, und bitte um gütigen Zuspruch. Hochachtungsvoll **Otto Walter** Zischlerstr. 20.

Bierdruckapparate und Eisschränke
bezieht man am billigsten in neuester Konstruktion aus der Fabrik **Gustav Scharioth** Magdeburg - Neustadt :: Letzinger Strasse 4 :: Fernsprecher 4983.

Der Schnapsblock an der Steuerschraube

ist das Thema, das in einer

Oeffentl. Volksversammlung unter freiem Himmel

die am Donnerstag den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Garten des Luisenparks stattfindet, behandelt werden soll.

Parteienossen! Junker und Zentrum haben sich wiedergefunden. Die Beche soll das Volk bezahlen. Gebt eurer Stimmung durch Massenbesuch der Versammlung Ausdruck.

— Die Krankenkasse der selbständigen Handwerker im Bezirk der Handwerkskammer Magdeburg gibt ihren Statuten eine recht eigenartige Auslegung. Ein Halberstädter Tischlermeister war erkrankt und erhielt zirka 4 Wochen lang die ihm zustehende Unterstützung. Dann wurde ihm nur die Hälfte des Krankengeldes gezahlt mit dem Bemerkten, daß der Arzt ihm erlaubt habe, auszugehen, und wer Ausgehende hätte, erhielte nach § 13 des Statuts nur die Hälfte des Krankengeldes. Der § 13 in seiner neuen Fassung hat folgenden Wortlaut:

An Krankenunterstützung wird von Beginn der Krankheit an für jeden Tag 3 Mark Krankengeld in der 2. Klasse gewährt, bei Krankheiten ohne Erwerbsunfähigkeit pro Tag 1,50 Mark. Bei völliger Erwerbsunfähigkeit ist jede Arbeit und Beschäftigung untersagt. Ist der Kranke zum Teil erwerbsfähig (Bezug der Hälfte des Krankengeldes), so ist nur die Beaufsichtigung der Geschäftsräume sowie die Beforgung von Geschäftsbüro während der Ausgehzeit gestattet.

Da nun der Erkrankte laut Attest des behandelnden Arztes erwerbsunfähig war, verlangte er das volle Krankengeld. Auf seine dahingehende Beschwerde bei dem Vorstand in Magdeburg erhielt derselbe folgenden Bescheid:

Sehr geehrter Herr! Wie diesseits festgestellt worden ist, ist Ihnen ärztlicherseits vom Beginn Ihrer Krankheit ab eine Ausgehzeit von 6 bis 9 Uhr gewährt worden. Es ist Ihnen daraufhin die Hälfte des Krankengeldes gezahlt worden, da das volle Krankengeld nur dann gezahlt wird, wenn der Erkrankte das Bett oder das Zimmer hüten muß. Wer Ausgehzeit hat, ist in der Lage, seine Geschäftsräume zu beaufsichtigen und die Geschäftsbüro zu besorgen, und es wird nach § 13 der Satzungen in der Fassung des dazu erlassenen Nachtrags in solchen Fällen nur die Hälfte des Krankengeldes gezahlt. Es ist dieses also keineswegs nur eine Vorschrift des Ausschusses, sondern eine statutarische Bestimmung. Im übrigen müssen wir unser Erstaunen darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie überhaupt bei einer solchen Ausgehzeit krank gewesen sein wollen. Wir möchten darauf hinweisen, daß unsere Kasse keine Altersversorgung ist, sondern lediglich den Zweck verfolgt, in Krankheitsfällen Unterstützung zu gewähren. Ist Sie in Ihrem Falle schiedsgerichtliche Entscheidung anrufen wollen, so wollen Sie den § 30 der Satzungen beachten. Der Antrag ist bei der Handwerkskammer hier unter Benennung eines Schiedsrichters zu stellen, die entstehenden Kosten für Zeitverhältnis der Schiedsrichter und deren Reisekosten sind vorzuschreiben mit 20 Mark einzusenden.

Der Vorstand.

Ferd. Liebrecht, Vorsitzender.

Wso trotzdem der Erkrankte laut ärztlichen Attestes voll erwerbsunfähig ist, soll er nur die Hälfte des Krankengeldes erhalten, weil der Arzt ihm erlaubt hat, auszugehen. Will der Meister zu seinem Rechte kommen, so muß er erst 20 Mark Voranschlag leisten, da ein Klagerrecht wie bei den Ortskrankenkassen nicht zulässig ist.

— Grundzüge für die kommunale Wertzuwachssteuer. Für Preußen sind von den zuständigen Ministern neue Grundzüge für die Einführung von Wertzuwachssteuerordnungen in Gemeinden und Kreisen aufgestellt worden. Danach soll vor allem verlangt werden, daß in den Ordnungen die persönlichen Steuerbefreiungen vorgesehen werden, mindestens aber die Befreiung des Fiskus des Deutschen Reiches und des preussischen Staates. Ohne Ausnahme soll bestimmt werden, daß alle Erwerbungen von Todes wegen oder auf Grund einer Schenkung unter Lebenden im Sinne des Reichs-Erbrechtssteuergesetzes sowie alle Besitzveränderungen, denen sich die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles zu unterwerfen gesetzlich verpflichtet sind, von der Wertzuwachssteuer frei zu lassen sind. Bei den Erwerbungen soll es keinen Unterschied machen, ob sie selbst durch Enteignungsbeschluß oder durch freiwillige Veräußerungsgeschäfte bewirkt werden. Die Wertzuwachssteuer darf 25 v. H. des steuerpflichtigen Wertzuwachses nicht übersteigen. Für den Fall der Veräußerung zwischen einer befreiten und einer nicht befreiten Person ist dafür Sorge zu tragen, daß die befreite Person in ihrem Vorrecht sichergestellt wird und sie dies nicht durch Abwälzung der Steuer auf den Gegner wieder einbüßt. Für die Rückwirkung der Wertzuwachssteuerordnungen wird empfohlen, diese Bestimmung aufzunehmen, durch die die Erteilung eines vor Erlaß der Steuerordnung eingetretenen Wertzuwachses in angemessener Weise beschränkt wird, etwa derart, daß wenigstens der Teil einer Wertsteigerung, der länger als 10 Jahre vor dem Inkrafttreten der Ordnung entstanden ist, von der Besteuerung ausgenommen bleibt. Für den Fall besonderen öffentlichen Bedürfnisses kann diese Frist entsprechend verlängert werden. Einer Umgehung der Steuer soll dadurch vorgebeugt werden, daß sie auch beim Wechsel im Personenbestand von Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Kommanditgesellschaften, Gewerkschaften, eingetragenen Genossenschaften und eingetragenen Vereinen sowie offenen Handelsgesellschaften entsprechend erhoben wird. Diese Gesichtspunkte sollen bei der Genehmigung von Wertzuwachssteuerordnungen im Auge behalten werden.

— Vorgefundener Hundertmarkschein. Eine Witwe hatte versehentlich am 3. d. M. in einem Laden der Hafenstraße einen Hundertmarkschein aus der Tasche gerissen, der verschwinden war. Der in dem Laden anwesende gewesene Schiffer Paul Sch. besaß dem recherchierenden Kriminalschyrmann gegenüber, den Schein gefunden zu haben. Sich einer Leibesvisitation zu unterziehen, weigerte er sich, und als diese gegen seinen Willen vorgenommen werden sollte, gab er den Schein mit dem Bemerkten heraus, daß er sich nur einen Spaß erlaubt habe.

— Unfälle. Der Arbeiter Friedrich Jenz in Dudau, Schönebender Straße 88 wohnhaft, warf am Sonnabend nachmittags im Krupp-Gusswerk ein Stück Eisen in den Gießhofen. Das Stück flog zurück und dem Jenz gegen die Brust, der innere Verletzungen erlitt. — Der 10 Jahre alte Knabe Adolf Freijig von der Erziehungsanstalt Obendorfer Straße 27 ist am Sonntag dafelbst beim Spielen hingefallen, er zog sich einen Bruch des rechten Oberarms zu. — Die Verletzten wurden durch die Sanitätsabteilung dem Sudenburger Krankenhaus zugeführt.

— Hochwasser. Die in den letzten Tagen erfolgten reichlichen Niederschläge in den Quellgebieten der Elbe haben ein starkes Steigen des Wasserstandes veranlaßt. Wie von Rufsig berichtet wird, steht dort die Elbschleppbahn unter Wasser. Nach einer Meldung der hydrographischen Landesabteilung zu Prag ist für Magdeburg am Donnerstag ein Höchststand von 3,35 Metern zu erwarten. Da die Nebenflüsse diesen Zuwachs nicht verstärken, wird sich das Hochwasser nicht lange behaupten.

— Trinkwasser auf Bahnhöfen. Die Eisenbahnverwaltung hat eine Verfügung an die Bahnhöfswirtschaften ergehen lassen, die besonders für die ärmeren Schichten des reisenden Publikums von Bedeutung ist. Nach derselben soll seitens der Wirtschaften in der wärmeren Jahreszeit ausgiebig dafür Sorge getragen werden, daß frisches Trinkwasser zum sofortigen Genuß in Gläsern für die Reisenden in den Zügen bereitgehalten wird. Neben den sonstigen Erfrischungen, die feilgehalten werden, sollen vor allen Dingen Selter- und Mineralwasser sowie frisches Obst verkauft werden.

— Ein trauriges Los ist einem Menschen beschieden, der am Sonnabend vor dem hiesigen Schöffengericht stand. Ueber die Verhandlung meldet der Gerichtsberichterstatter: Der sogenannte Handelsmann Wilhelm Wade hier, vielfach vorbestraft, bildet besonders an schönen Sommertagen den Schrecken aller Passanten. Alle seine sichtbaren Körperteile sind in der grauhaftesten Weise mit eiternden und blutenden Wunden bedeckt. In diesem Zustande setzt der Mann sich an die belebtesten Promenadenwege und bietet Streichhölzer u. dgl. feil, dreht auch wohl eine Orgel. Die Waren kauft natürlich niemand, wohl aber wirft man ihm voll Entsetzen und Mitleid Almosen zu. Nun tut die Polizei alles mögliche, um den Ausschlagen von der Straße zu entfernen, aber vergeblich. Wade ist schon verschiedentlich in Krankenanstalten untergebracht gewesen, bleibt aber nirgends, sondern kehrt immer wieder zu seinem einträglichen Straßenhandel zurück. Im vorliegenden Falle hatte Wade wieder am „Wiesepavillon“ seinen Handel Sonntags ausgedehnt und einen Schuhmann, der ihn entfernen wollte, beleidigt. Das Urteil lautete auf 1 Monat Gefängnis, 20 Mark Geldstrafe, 1 Woche Haft und Verweisung an die Landespolizeibehörde.

— Ungefahren. Am Sonnabend abend wurde die 76 jährige Frau Karoline Keil an der Ecke der Lübecker und Moritzstraße von einem Radfahrer ungefahren. Sie erlitt einen rechten Beinbruch und einen linken Unterarmbruch. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde die Verletzte nach dem Krankenhaus Altstadt gebracht.

— Selbstmord auf dem Westfriedhof. Von den Söhnen des Privatmanns Alexander, der vor kurzem auf dem Westfriedhof am Grabe seiner zweiten Frau Selbstmord verübte, wird uns mitgeteilt, daß nicht unliebsame Auseinandersetzungen mit seinen erwachsenen Kindern das Motiv zur Tat gewesen ist. Solche Auseinandersetzungen hätten nie stattgefunden. Selbst den Kindern ist das Motiv zur Tat unbekannt.

— Ein Zusammenstoß eines Straßenbahnwagens mit einem Sandwagen der Vereinigten Wirtelwerke ereignete sich am Montag vormittag auf dem Alten Markt in der Nähe der Witzbürger Bierhalle. Der Sandwagen fuhr nach dem Breiten Wege zu und wurde plötzlich von einem Motorwagen der Straßenbahn von hinten angefahren. Durch den Anprall erlitt der Sandwagen einen derartigen Aut. daß die Deichsel abbrach. Die Pferde durchgingen und der Kutscher Emil Müller vom Bod kopfüber auf das Straßenpflaster geschleudert wurde. Der Kutscher, der anscheinend außer einer Gehirnerschütterung innere Verletzungen erlitten hatte, wurde nach der Krankenanstalt Altstadt gebracht.

— Von der Feuerwehr. Am Sonnabend abend kurz nach 8 Uhr wurde telefonisch gemeldet, daß aus der Wohnung im Erdgeschoß Königstraße 32 Rauch herausdringe. Es wurde die Gaspräge dahin entsandt. In der Badstube dafelbst hatte ein Sachverständiger gebannt und starken Rauch verursacht. Vermutlich war das Sachverständigen hinter dem Badeofen aufgehängt worden und durch die Hitze in Brand geraten. Gefahr lag nicht vor. — Am Montag 7.20 Uhr vormittags wurde der 1. Vöschzug durch einen Feuermelder nach Breiter Weg 89 gerufen. Es handelte sich hier nur um einen Schornsteinbrand, zu dessen Beseitigung eine Abteilung dafelbst belassen wurde, während der Vöschzug sofort wieder abrückte.

— Gestohlen wurde hier: In der Nacht zum 3. d. M. aus einem Gartenbüffel auf dem Kleinen Stadtmarsch zwei Bierhähne aus Weizenmetall: am 3. nachmittags gegen 9 1/2 Uhr, vor dem Hause Katharinenstraße Nr. 5 ein Fahrrad „Gyralior“ (Fabriknummer 271704) mit schwarzem Rahmen und schwarzen Felgen. An den Querstangen des Rahmens befindet sich an jeder ein Stahlfid. — In der Nacht zum 4. d. M. sind wiederum von verschiedenen Häusern Weisung- und Nickelplatten mit Knöpfen der elektrischen Klingelleitungen gestohlen worden. — Nach einer Meldung aus Dödenow sind dort in der Zeit vom 3. bis 5. d. M. 6 Barren Blei im Gewicht von je 50 Kilogramm gestohlen worden. Jeder Barren hat zwei Kerben. Die Kriminalpolizei eruiert um Mitteilung, falls die gestohlenen Gegenstände verkauft oder zum Kauf angeboten werden sollten.

— Das Radrennen auf der Bahn an der Berliner Chaussee war am Sonntag wieder von Tausenden von Personen besucht und hatte einen guten Verlauf. Bei den Fliegerrennen führten einige Fahrer, glücklicherweise jedoch ohne erhebliche Verletzungen zu erhalten. Im Mitteldeutschen Derby, einem großen internationalen Dauerrennen mit Motoren, wurde Erster Scheuermann (Breslau), Zweiter Butler (Amerita), Dritter Hurbredts (Belgien), Viertes Bruni (Italien). Bei den diesmaligen Fliegerrennen gingen unsere Magdeburger Fahrer leer aus. Die Preise in diesen hotten Redela (Moskau), Saldow (Berlin), Baritz (Nürnberg), Wuselberg (Berlin), Thiem (Charlottenburg), Nädlein (Rbln) und Dan (Berlin). Im Prämienfahren wurde Erster Redela (Moskau) Zweiter Kiehe (Magdeburg), Dritter Möder (Kopenhagen). Das Tandemfahren gewannen die Paare Saldow-Großmann, Kendlbacher-Gauzevoort und Redela-Baritz.

Letzte Nachrichten.

Meineidsprozeß Gammann.

Wb. Berlin, 5. Juli. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts I begann heute die Verhandlung gegen den Wirklichen Geheimen Legationsrat Dr. Gammann wegen wissentlichen Meineids. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor

Kanzow; die öffentliche Anklage vertreten Oberstaatsanwalt Dr. Preuß und Staatsanwalt Porzelt. Die Verteidigung führen Justizrat Dr. Jemler und Rechtsanwalt Leonhard Friedmann. Als Nebenkläger hat sich der angeblich geschädigte Professor Bruno Schmitz der Anklage angeschlossen; er wird durch Justizrat Bernstein (München) vertreten. Nach Bildung der Geschworenbank wurde für die ganze Dauer der Verhandlung die Öffentlichkeit für Publikum und Presse ausgeschlossen. Dagegen wurde folgenden Personen der Zutritt gestattet: Zuerst Vertretern des auswärtigen Amtes und zwei vom auswärtigen Amt bestellten Stenographen mit Rücksicht auf das eventuell später gegen Gammann einzuleitende Disziplinarverfahren, ferner einem Rechtsanwalt Dr. Halpert und zwei nicht ausgelosten Geschworenen; die drei letztgenannten gaben ein besonderes Interesse an dem Prozeß an. Ein Antrag, auch einen vom Nebenkläger Schmitz bestellten Stenographen zuzulassen, wurde abgelehnt.

Wb. Berlin, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Wie ein hiesiges Mittagsblatt meldet, ist in den letzten Tagen eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten. Er soll mehrfach Herzkrämpfe und Ohnmachtsanfälle gehabt und Sonnabend und Sonntag das Bett nicht verlassen haben. Der Gerichtsarzt Dr. Hoffmann hat ihn untersucht. Nachts soll ein Privatarzt bei ihm wachen. Die Gerichtsärzte sollen der Meinung sein, daß Gammann den Anstrengungen eines längeren Prozesses nicht gewachsen sei. (Sein Prozeß soll am Mittwoch beginnen. Die Verschlimmerung kommt also wie immer zur rechten Zeit. Red.)

Wb. Stollberg (Sachsen), 5. Juli. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die gestern abgehaltene Kreisgeneralversammlung stellte einstimmig den Genossen Schöpflin (Leipzig) als Reichstagskandidaten an Stelle des verstorbenen Genossen Goldstein auf.

Wb. Leipzig, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die am Sonntag abend im Hotel „Zur Post“ abgehaltene Versammlung der Reichstagskandidaten will aus der Reihe der Kandidaten für den Reichstag den Namen von Anker v. Podewils streichen.

Wb. Leipzig, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Die am Sonntag abend im Hotel „Zur Post“ abgehaltene Versammlung der Reichstagskandidaten will aus der Reihe der Kandidaten für den Reichstag den Namen von Anker v. Podewils streichen.

Wb. München, 5. Juli. (Eigener Drahtbericht der „Volksstimme“.) Infolge von Ueberfüllung des Bahndamms entgleiste am Sonntag abend ein vollbesetzter Personenzug der Strecke Garmisch-München-Ohlsdorf. Von den Fahrgästen — meistens Ausflüglern — ist nur einer nebst einem Postbeamten verletzt worden.

Wb. München, 5. Juli. Nach einer Meldung aus Kempten ist im Wadelgabelgebiet ein Terrist namens Koll aus Valen über eine 300 Meter hohe Wand abgestürzt und tot liegengeblieben. Eine Bergungsexpedition ist abgegangen. Nach einer Meldung aus Benediktbeuren ist der Versicherungsbeamte Spier beim Ueberklettern der Benediktbeurer Wand abgestürzt und gestorben. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Wb. Katowitz, 5. Juli. Infolge einer Wette erkletterte der Arbeiter Kimek in Boguschieh das Dach eines dreistöckigen Hauses. Er stürzte ab und blieb zerfurcht auf dem Boden liegen.

Wb. Rom, 5. Juli. Das Komitee zur Einleitung einer Protestbewegung gegen den Zarenbesuch in Italien hat beschlossen, die Agitation in ganz Italien zu inszenieren.

Wb. Calais, 5. Juli. Der Flug des Aviatikers Latham über den Kermellkanal wird wegen des schlechten Wetters in den nächsten Tagen noch nicht stattfinden. Gestern wurde der Flugapparat nochmals einer gründlichen Untersuchung unterzogen.

Wb. Messina, 5. Juli. Gestern morgen und nachmittag sind hier neue Erdstöße verspürt worden.

Wb. Paris, 5. Juli. Aus Casablanca wird gemeldet, daß die sieben vom dortigen Kriegsgericht verurteilten Deserteure der Fremdenlegion nach Oran geschickt worden sind.

Wb. Teheran, 5. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Zwischen den Kosaken des Schahs und den Revolutionären unter Führung des Gouverneurs von Gilan, Sipahdar, hat gestern in Schahabad bei Teheran ein Gefecht stattgefunden, in dem die Kosaken einige Tote hatten. Die Revolutionäre sollen geschlagen worden sein und 12 Mann verloren haben. Sardar Afshar ist mit 1000 Mann 12 Meilen von Schahabad eingetroffen. Er beabsichtigt sich mit den Streitkräften Sipahdars zu vereinigen.

Vereins-Kalender.

Westerhüsen. Sozialdemokratischer Verein, Abtheilung der Frauen. Mittwoch den 7. Juli, abends 8 Uhr. Lesabend bei Heinrich Olt. — 37 Burg. Die Kartelldelegierten werden ersucht, Dienstag den 6. Juli, abends Punkt 8 Uhr, im „Hohenzollernpark“ zu erscheinen. — Halberstadt. Sozialdemokratischer Verein (Frauen-Abteilung) Donnerstag den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei M. Wolmann. — Halberstadt. Gewerkschaftskartell. Donnerstag den 8. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. — 34

Briefkasten.

R., Pötensleben. Schicken Sie Ihre Rechnung ein. — Gr., Alshersleben. Dem Bericht fehlte der Schluß! —

Wettervorhersage.

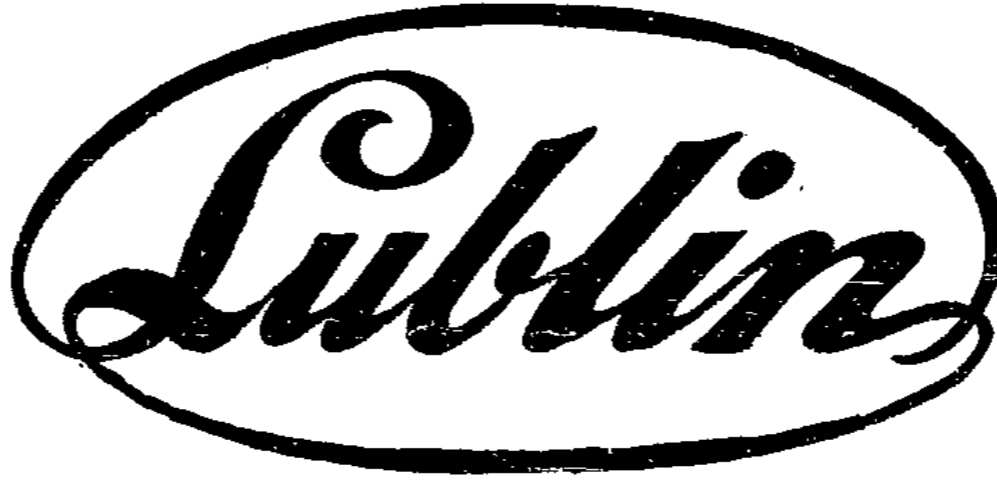
Dienstag den 6. Juli: Südwestwind, wolkig, warm, später Regen, Gewitterneigung. —

1. Räumungs-Angebot von besonderer Wichtigkeit!

Montag — Dienstag — Mittwoch

Montag — Dienstag — Mittwoch

Sommer-
Räumungs-Verkauf!



Die Vorteile
dieser alljährlichen Veranstaltung
sind zur Genüge bekannt.

Gardinen

Beweis
meiner aussergewöhnlichen
Leistungsfähigkeit in

Gardinen

ca. 800 Meter	Gardinen	Wert 40 Pf.	Räumungspreis Meter	25 Pf.
ca. 900 Meter	Gardinen	Wert 55 Pf.	Räumungspreis Meter	42 Pf.
ca. 1000 Meter	Gardinen	Wert 95 Pf.	Räumungspreis Meter	75 Pf.
ca. 1500 Meter	Gardinen	Wert 1.10	Räumungspreis Meter	85 Pf.
ca. 1200 Meter	Gardinen	Wert 1.30	Räumungspreis Meter	1.00
ca. 500 Meter	Gardinen	Wert 1.60	Räumungspreis Meter	1.25

Vorteilhaftes Angebot!

Ca. 150 Stück

hochfeine Stores

aus Erbstüll und Spachtel

in eleganter Ausführung, elfenbein und
oder Farben
Regulärer Wert des Stückes bis **20.00**

2 Räumungspreise

12.50 8.75

Ein Posten

einzelner Stores

in Spachtel und Erbstüll

ganz bedeutend im Preise ermässigt.

Ein Posten

Japanische Stores

Räumungspreis **6.00**

Ca. 100 Fenster abgepaßte Gardinen	Wert 4.75	Räumungspreis Fenster	3.50
Ca. 120 Fenster abgepaßte Gardinen	Wert 7.00	Räumungspreis Fenster	5.25
Ca. 200 Fenster abgepaßte Gardinen	Wert 8.50	Räumungspreis Fenster	6.50
Ca. 175 Fenster abgepaßte Gardinen	Wert 10.00	Räumungspreis Fenster	8.00
Ca. 150 Fenster abgepaßte Gardinen	Wert 14.00	Räumungspreis Fenster	11.00

Ca. 2000 Stück
Scheiben-Gardinen
— weiß, creme abgepaßt, Brise-Bise —
Räumungspreis
Stück 95 80 70 55 38 **25 Pf.**

Messing-Stangen
— für Scheiben-Gardinen —
verstellbar, mit Haken
Räumungspreis **20 17 Pf.**

Ca. 300 Stück
Engl. Tüll-Stores
Wert 12.00 bis 2.75
Räumungspreis **9.00 bis 1.75**

Ca. 1000 Fenster
Spachtel-Vorhänge
Räumungspreis
1.00 3.25 2.90 2.15 1.60

Bett- Decken	Engl. Tüll über 1 Bett	Räumungspreis 5.75 4.50 3.00	2.25
	Engl. Tüll über 2 Betten	Räumungspreis 9.50 7.50 5.75	3.90
	Erbstüll mit Pointlace über 1 Bett	Räumungspr. 14.50 11.00 8.50	6.00
	Erbstüll mit Pointlace über 2 Betten	Räumungspr. 36.00 24.00 19.50	15.50

ca. 1 1/2 Meter lang
Stück **25 Pf.** Nur soweit Vorrat

Messing-Betthimmel-Garnitur
komplett mit Ringen
Räumungspreis **8.50**

Ein Posten
Gobelin-Kissen-Platten
Räumungspreis 75 **60 Pf.**

2000 Meter
Sofaplüsch bunt gemustert
130 cm breit
Räumungspreis 7.25 5.25 4.75 **3.75**

Ein Posten
Erbstüll-Brise-Bise
mit Volant
Räumungspreis Stück **40 Pf.**

Der Verkauf meiner **Kleiderstoff- und Baumwollwaren-Abteilung** befindet sich während des Umbaus
Ecke Kronprinzenstrasse **Kaiserstrasse 17** Ecke Kronprinzenstrasse

Großer Saison-Räumungsverkauf des gesamten **Waschstofflagers** zu bedeutend er-
mäßigten Preisen.

Wachmusseline	Serie I	II	III	IV	Wollmusseline	Serie I	II	III	IV
	Mtr. 55	42	28	15		Mtr. 110	95	65	48